

Geheimvorhaben »Frank/Kol«.
Zur deutsch-israelischen
Rüstungszusammenarbeit 1957 bis 1965

Von Niels Hansen

Am 27. Dezember 1957 abends besuchte Shimon Peres, Generaldirektor des Tel-Aviver Verteidigungsministeriums und enger Vertrauter von Ministerpräsident David Ben Gurion, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß in seinem Haus in Rott am Inn. Das fünfstündige nächtliche Gespräch markiert den Beginn einer diplomatischen und militärischen Operation, die in ihrer Anlage und ihrem dramatischen Ablauf ihresgleichen sucht. Die Konturen des spannenden, in mehrfacher Hinsicht umstrittenen Vorhabens, das in den Dossiers unter dem Codewort *Frank(reich)/Kol(onien)* figuriert, zeichnen sich nach Freigabe der Akten des Auswärtigen Amts¹ für die Jahre 1963, 1964 und vor allem 1965 deutlicher ab. Es handelte sich um eine enge Rüstungskooperation der beiden Länder zu einer Zeit, als zwischen ihnen noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden: Beim Abschluß des Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen von 1952 war es Israel im tiefen Schatten der Schoah für die von Bonn angestrebte Formalisierung des Verhältnisses noch zu früh, und als Jerusalem gut drei Jahre später dann trotz stärkster Vorbehalte der Öffentlichkeit einwilligte, wollte sich die Bundesregierung – vornehmlich zur Wahrnehmung des Alleinvertretungsanspruchs für ganz Deutschland und unter der arabischen Drohung mit der Anerkennung der DDR – nicht mehr dazu entschließen. Die deutsche Unterstützung stellte nicht zuletzt eine Art von Kompensation dafür dar, daß sich ausgerechnet die Bundesrepublik praktisch als einziger westlicher Staat in Israel nicht durch einen Botschafter vertreten ließ. Die Bonner Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe wurde denn auch 1965 nach harten Auseinandersetzungen mit der endlichen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen einvernehmlich abgelöst.

¹ *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Haupthrg. Hans-Peter SCHWARZ, wissenschaftl. Leitung Rainer A. BLASIUS, München 1994-1999 (zitiert nachfolgend AAPD mit Jahrgang und Dokumentennummer). Bei der amtlichen israelischen Aktenpublikation liegt für die infragestehende Zeit bisher nur der Jahrgang 1960 vor, der jedoch keine hier relevanten Dokumente enthält.

I. Erste Kontakte und Schwierigkeiten

Der Reise nach Rott, bei der sich Peres von Asher Ben Natan, später hochangesehener erster Botschafter Israels in Bonn, sowie dem künftigen Generalstabschef Chaim Laskov begleiten ließ, war in Israel am 15. Dezember 1957 eine stürmische Kabinettsitzung vorausgegangen, bei der sich MAPAM und Achdut Ha'avodah, die linkssozialistischen Koalitionspartner von Ben Gurions MAPAI, dezidiert gegen derlei Fühlungen mit Deutschland verwarnten. Sie wurden jedoch mit der Autorität des Regierungschefs, der schon früh an ein »anderes Deutschland« glaubte und dessen zunehmend wichtige Rolle im Verfolg seiner prowestlichen Politik nutzen wollte, überstimmt. Nachdem das Hausblatt der Achdut über die Pläne berichtet, Strauß den Kopf einer »Nazi-Armee von Mördern« genannt und Generalstabschef Moshe Dayan als Gesprächspartner gemutmaßte hatte, kam es am 24. Dezember 1957 zu einer – nicht der letzten einschlägigen – Debatte in der Knesset. Dabei kündigte Ben Gurion, gleichzeitig Verteidigungsminister, die Abreise einer Delegation nach Bonn zum Kauf militärischen Materials an, das derzeit nur aus der Bundesrepublik bezogen werden könne, und er drohte mit Rücktritt, sollten ihm Kontakte mit Deutschland im Sicherheitsbereich verwehrt werden. Zwecks Disziplinierung zweier Regierungsmitglieder, die im Parlament gegen ihn gestimmt hatten, demissionierte er tatsächlich am 31. Dezember 1957 – um eine Woche später eine identische Regierung zu bilden.

In Deutschland war das Terrain seit dem Suez-Krieg 1956 – unter Mithilfe des Journalisten Rolf Vogel² – beim Verteidigungsministerium durch den bei der Kölner Israel-Mission tätigen Obersten Avigdor Tal vorbereitet worden, der Strauß Muster im Sinai erbeuteter sowjetischer Waffen sowie eine *Uzi*-Maschinenpistole überlassen hatte. Mit den Geldern aus dem Luxemburger Abkommen erwarb man – in der Grauzone von dessen entgegenstehenden Bestimmungen – seit dem Sommer 1955 auch im Sicherheitsbereich nutzbare Güter, z.B. in Deutschland hergestellte Fahrzeugketten, die vorher in Frankreich teurer eingekauft wurden.³ Hier wirkte sich die Problematik der Mehrzweckprodukte, die vor allem im Golfkrieg 1991 eine so große Rolle spielen sollte, einmal zugunsten Israels aus. Giora Josephthal, damals Generalsekretär der MAPAI, hatte am 12. Dezember 1957 mit Bundeskanzler Konrad Adenauer in Bonn gesprochen,

2 Vgl. Rolf VOGEL (Hrsg.), *Deutschlands Weg nach Israel. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik*, Bd. 1, München, New York-London-Paris 1987, S. 134 f.

3 Vgl. VOGEL (wie Anm. 2), S. 135.

wobei es in erster Linie um die allgemeine Unterstützung einer Annäherung Israels an die NATO (»funktionelle Verbindungen«) ging.⁴

Nach Pressemeldungen zu einem grundsätzlichen Einvernehmen zwischen Bonn und Jerusalem über Waffen- und Ausrüstungskäufe ersuchte der ägyptische Botschafter, zugleich im Namen seiner arabischen Kollegen, am 28. Dezember 1957 im AA um Aufklärung. Ihm sei, so ein Telegramm an die Missionschefs in den arabischen Ländern vom gleichen Tag⁵, versichert worden, daß die »Meldungen jeder Grundlage entbehrten«. »Lieferung von Waffen und Kriegsmaterial im Rahmen unseres Israel-Abkommens ... ist durch Festsetzung von Warenlisten ausgeschlossen. Darüber hinaus entspricht es stets geübter Praxis der Bundesregierung, im Rahmen der ihr rechtlich und verfassungsmäßig (Artikel 26 Grundgesetz) zu Gebote stehenden Mittel jede Lieferung von Waffen in Gebiete, die im Mittelpunkt eines akuten Konfliktes stehen, zu unterbinden, um auf diese Weise eine Verschärfung dort bestehender Spannungen zu vermeiden.« Dies wurde mit einer Presseverlautbarung verbreitet. – Auch die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf Meldungen aus Israel im Zusammenhang mit dem Treffen in Rott war alles andere als enthusiastisch. Die Medien warnten, und man erinnerte daran, daß Adenauer bei der Einbringung des Luxemburger Abkommens in den Bundestag 1953 die Lieferung von »Waffen, Munition und sonstigem Kriegsgerät« ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Der SPD-Pressedienst meinte, schon schlichte politische Klugheit spreche gegen Rüstungsausfuhren in den Nahen Osten, da sich sonst die Araber berechtigt glaubten, ebenfalls solche zu fordern. Seitens der DDR wurde behauptet, die militärischen Lieferungen an Israel seien bereits im Gange. Aus Syrien hieß es, Israel erhalte sie in Höhe von 700 Mio DM aus dem Reparationskonto über Frankreich und die Türkei.⁶ Indes wurde es darüber dann wieder still.

4 Inge DEUTSCHKRON weist in ihrem Buch *Israel und die Deutschen. Das schwierige Verhältnis*, erw. Neuauf. Köln 1991, aufgrund eines Gesprächs mit Peres darauf hin, daß dieser mit Strauß bereits »ein paar Monate« vorher, auf Vermittlung des französischen Verteidigungsministers Jacques Chaban-Delmas, in Bonn zu einem vorbereitenden Treffen zusammengekommen war (S. 248, 250). Amos BEN-VERED berichtet in *Israel und Deutschland. Die Bedeutung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen für den jüdischen Staat* (*Europa-Archiv* 1965, S. 481-489), Peres habe in einem im Mai 1965 in Israel veröffentlichten Interview erklärt, der erste Kontakt sei auf Weisung Ben Gurions Anfang 1957 außerhalb Deutschlands erfolgt (S. 483). – Der seltsame Deckname *Frank(reich)/Koll(onien)*, dessen Herkunft weder in den Unterlagen des AA und des Militärgeschichtlichen Forschungsamts Freiburg noch durch Zeitzeugen zu belegen war, mag mit dieser französischen Vermittlung zusammenhängen.

5 Vgl. Yeshayahu A. JELINEK (Hrsg.), *Zwischen Moral und Realpolitik*, Gerlingen 1997, Dok. 156; vgl. auch AAPD 1964/54³.

6 Vgl. Isaac ISRAEL, *Les relations germano-israéliennes de 1949 à 1965*, Paris 1971 (ungedruckte Dissertation), S. 130 f. Die Arbeit Israels ist auch deshalb informativ, weil der Autor mit zahlreichen Akteuren Gespräche geführt hat.

Die nächtliche Begegnung in Rott, die auch allgemein dem Verhältnis der beiden Länder im Lichte der leidvollen Vergangenheit galt, schildern sowohl Peres wie Strauß plastisch in ihren Erinnerungen⁷, in denen sie der Rüstungszusammenarbeit je ein eigenes Kapitel widmen. Peres: »Unsere Beziehungen zu Deutschland stellten natürlich eine der ungewöhnlichsten moralischen und politischen Herausforderungen dar, der sich die internationale Diplomatie jemals gegenübergesehen hatte. ... Die Vergangenheit konnte nicht vergessen und ungeschehen gemacht werden. Auch war sie nicht zu ändern. Was jedoch geändert werden konnte, war die Zukunft.«⁸ Strauß beeindruckten die Argumente seines Gesprächspartners, der die sicherheitsmäßigen Defizite Israels angesichts der seit 1955 erfolgten Ausstattung Ägyptens mit modernsten Waffen des Ostblocks, z.B. MIG-Kampfflugzeugen (nebst Inspektoren und Piloten) herausstellte. Peres unterstrich, daß eine deutsche Unterstützung nicht nur dem Frieden zugutekommen und dem Vordringen der Osteuropäer in der Region entgegenwirken werde, sondern daß sie zusätzlich zur finanziellen eine weitere moralische Dimension darstelle, für die Vergangenheit einzustehen. Eine wesentliche Bitte, die er für diesmal äußerte, war die Zurverfügungstellung von zwei Unterseebooten. Sie wurde damit begründet, daß die Sowjetunion Ägypten im Sommer 1957 drei U-Boote geliefert hatte⁹. Als Ben Gurion in der Knesset am 7. Januar 1958 von »Ausrüstung, die vom Land, vom Meer und aus der Luft nicht eingesehen werden kann«, sprach, bemerkte Oppositionsführer Menachem Begin bissig: »Arabische Spione, überlegt jetzt genau, was wohl damit gemeint sein könnte.«

Der deutsche Verteidigungsminister reagierte positiv. Er meinte später zu Vogel¹⁰, daß »eine gute Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Vergangenheit« darstelle. Die Stärkung Israels schaffe zudem ein Gegengewicht gegen die UdSSR, der sich Europa »nicht nur an der Vorder-, sondern auch an der Hintertür« zu erwehren habe, und bedeute damit einen Beitrag zum Frieden weltweit, der gerade für das geteilte Deutschland an der Nahtstelle zwischen Ost und West so existentiell wichtig sei. Das war auch das Credo Adenauers: »Erhaltung des Friedens als höchster politischer Verpflichtung.«¹¹ Diese Einstellung kontrastierte damals tendenziell mit derjenigen der meisten westlichen Politiker, die glaubten vermeiden zu

7 Shimon PERES, *David's Sling*, London 1970, S. 66-86 (»Bonn«); Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 335-351 (»Deutschland und Israel – Freundschaft der mutigen Tat«). Vgl. weiter Interviews mit beiden in R. VOGEL (wie Anm. 2), S. 134-143.

8 Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 67 f.

9 Vgl. I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 133.

10 Wie Anm. 2, S. 137.

11 Felix E. SHINNAR, *Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951-1966*. Tübingen 1967, S. 143.

müssen, die Araber mit solchem Beistand an Israel (noch mehr) in die Arme Moskaus zu treiben.

Strauß wurde deutscherseits zum entscheidenden Promotor der Verteidigungshilfe. Dies ist umso bemerkenswerter, als er noch knapp fünf Jahre zuvor in der Zeitschrift *Chemie* im Hinblick auf den Außenhandel mit den Arabern gegen die Ratifizierung des Luxemburger Vertrags Bedenken angemeldet und sich im Bundestag dann der Stimme enthalten hatte. Der Leiter der Kölner Israel-Mission, Felix Shinnar, zählte ihn im Herbst 1953 zu den »heftigsten und gefährlichsten Gegnern des Abkommens«. ¹² Auch später scheute sich Strauß (bei den Fragen der Verjährung von Kriegsverbrechen und des allgemeinen Rüstungsexports in den Nahen Osten) übrigens nicht, israelischer Politik durchaus entgegengesetzte Positionen zu vertreten. General Laskov andererseits hatte nach dem Krieg zur Gruppe »Nakam« (Rache) gehört, die glaubte nach der Befreiung aus dem Inferno an den Deutschen umfassend Vergeltung üben zu müssen. ¹³ Daß die Initiative zu der solidarischen – wenn auch, wie sich herausstellen sollte, nicht unproblematischen – Partnerschaft gerade von Peres ausging, und daß er sie israelischerseits gesteuert hat, verdient heute, nach vier Jahrzehnten, nicht zuletzt angesichts der wichtigen Rolle des späteren zweimaligen Ministerpräsidenten und Nobelpreisträgers im nahöstlichen Friedensprozeß, herausgestellt zu werden. Peres, der seinen geliebten Großvater in der Schoah dadurch verloren hatte, daß er in einer Synagoge bei lebendigem Leibe verbrannt wurde, hat sich immer wieder für enge und vertrauensvolle Beziehungen zwischen unseren Ländern eingesetzt. – Beim nächsten Zusammentreffen der beiden Politiker im März 1958 konnte Strauß berichten, daß er Adenauer sowie über Staatssekretär Walter Hallstein Außenminister Heinrich von Brentano informiert habe und daß der Kanzler, trotz Bedenken des AA, grundsätzlich einverstanden sei. Die Zusammenarbeit lief an.

Sie wurde von Ben Gurion zäh gegen alle Widerstände verteidigt. Als der Vorsitzende der Achdut Ha'avodah, Jitzchak Tabenkin, ihm vorwarf, er habe das Treffen in Rott »mit den Führern der Nazimörder vor dem Volk geheimgehalten«, informierte ihn der Ministerpräsident brieflich, ihm sei von seinem »äußerst zuverlässigen und vertrauenswürdigen« Gewährsmann, Oberst Tal, berichtet worden, in der Bundesrepublik würden keine »wichtigen Stellen von Personen besetzt, die als Nazis bekannt« seien. Er zitierte diesen weiter: »Im Militär schon gar nicht. Strauß hat eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Prüfung der Vergangenheit befaßt, und in jedem Fall, in dem auch nur der kleinste Verdacht auf Nazi-Vergangenheit

¹² Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 64.

¹³ Vgl. Tom SEGEV, *Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung*, Hamburg 1995, S. 192-208 (»Sechs Millionen Deutsche«).

bestand, den Ausschluß der betreffenden Person angeordnet. ... Wenn auch gesagt werden muß, daß im heutigen Heer die meisten Offiziere ehemalige Wehrmachtsoffiziere sind. ... Israel und besonders der israelischen Armee wird große Bewunderung entgegengebracht« Auf die Frage nach »nazistischen Strömungen unter der Jugend« sei ihm erwidert worden: »Nein. Die Reaktion der Jugend auf die Vorstellung über Anne Frank war sehr beeindruckend.« Als Ben Gurion, wie er Tabenkin ferner unterrichtete, von Tal wissen wollte, ob der Nazismus in Deutschland »überhaupt spürbar« sei, lautete die Antwort erneut Nein. Und: »Wo sind die Nazis denn alle geblieben?« »In den Untergrund abgetaucht.«¹⁴ – Am 11. September 1958 unterstrich er in einer Rede vor dem Exekutivrat der MAPAI, nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß »auf politischer Ebene ... uns Amerika keine Freundschaft gezeigt« habe und es – im Gegensatz zu Frankreich – »einer der Staaten war, von denen seit der Staatsgründung keine einzige, auch nicht die kleinste, Waffe zu bekommen war«: »Trotz fehlender diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Deutschland kam Deutschland Israel auf politischer Ebene zu Hilfe. Diese Hilfe und diese politische Freundschaft hat eine große Bedeutung. ... Der einzige Staat in Westeuropa, der in Amerika großes Gewicht hat, ist Deutschland.«¹⁵

II. Die israelischen Lieferungen an die Bundeswehr

Die erste Etappe in der Rüstungszusammenarbeit ist die Ausstattung der Bundeswehr mit israelischem Gerät. Mit Granatwerfermunition wurde begonnen. Dann folgten Uniformen und »andere Ausrüstungsgegenstände des Textilsektors«, wobei es in Israel zu Arbeitsverweigerungen kam, denen man mittels »innerbetrieblicher Austauschaktionen« begegnen mußte.¹⁶ Besonders wichtig war die – gegen schwedische, italienische und sonstige Konkurrenz erfolgende – Anschaffung der legendären Maschinenpistole Uzi. Vogel bereits 1956 zu Peres und Ben Natan in Tel-Aviv: »Die Uzi in der Hand deutscher Soldaten ist sicher besser als alle Broschüren gegen den Antisemitismus«¹⁷. Die Lieferungen, die schon früh über eine Abnahmekommission in Israel vonstatten gingen¹⁸ und deren Wert bis 1965 insgesamt 250 Mio DM betrug¹⁹, kam der israelischen Wirtschaft

14 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 157, 14. Februar 1958.

15 Ebd., Dok. 159.

16 Rolf VOGEL (Hrsg.), *Deutschlands Weg nach Israel. Eine Dokumentation*, Stuttgart 1967, S. 141.

17 Wie Anm. 2, S. 135.

18 Vgl. AAPD 1965/103.

19 Vgl. AAPD 1965/103¹⁵.

zugute, was – z.B. auch bei Bestellungen von Autoreifen und dergleichen – »im Vordergrund der deutschen Überlegungen gestanden hatte«. ²⁰ Die Ausstattung der Bundeswehr mit Material gerade aus Israel erleichterte es zudem, Kritikern der Wiederbewaffnung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die einschlägigen israelischen Verkäufe nach Deutschland sind bis heute auf fast 3 Mrd. DM angewachsen.

Als die Exporte durch den Artikel »Granaten aus Haifa« im *Spiegel* vom 26. Juni 1959 bekannt wurden, brach in Israel erneut ein Sturm los. Kein Wunder, daß die Ausfuhren mit ihrer symbolischen Tragweite in der Presse und nicht zuletzt in der Knesset auf vehemente Kritik stießen. Diese hatte am 10. Januar 1951 mit Verve einstimmig gegen eine Wiederbewaffnung beider Teile Deutschlands protestiert und erneut am 15. November 1954 »tiefe Furcht« vor ihr bekundet. Jetzt traf Ben Gurion die Entscheidung zunächst ohne das Kabinett, das er später jedoch einschalten mußte. Am 28. Juni 1959 erläuterte er das Geschäft im Zentralkomitee der MAPAI: »Deutschland hat seine Machtstellung in Europa nicht deshalb erhalten, weil wir damit einverstanden waren. Wir waren natürlich nicht einverstanden ... Doch nur Idioten oder politische Scharlatane ... können nicht begreifen, daß es Israels Stellung in der Welt, seiner Zukunft und vielleicht sogar seiner Existenz schaden würde, wenn wir uns eine Großmacht, deren politisches und ökonomisches Gewicht ständig zunimmt, zum Feind machen und den Arabern als Verbündete überlassen. ... Es gibt wesentliche Vorhaben, die ohne deutsche Kooperation keine Chance haben. Und ich sehe keine moralischen, emotionalen oder andere Hindernisse dagegen, ebensowenig wie ich ein moralisches oder emotionales Verbot für Gespräche mit England akzeptiere, obwohl England früher Juden aus seinen Landesgrenzen vertrieben hat – ich kenne keine Nation der Welt, die das nicht getan hat. Adenauer ist nicht Hitler.« ²¹ Deutlicher hätte pragmatische Realpolitik Skeptikern gegenüber nicht zum Ausdruck gebracht werden können. Man war beeindruckt und stimmte zu.

In der Knesset ging es vom 29. Juni bis 1. Juli 1959 tagelang hoch her. Begin zog wieder alle Register: »Sollen diejenigen, die ihre Hände mit jüdischer Seife gewaschen haben, auch jüdische Waffen tragen?« Und, in Anspielung auf die Ermordung seines Vaters: »Sollen diese heiligen jüdischen Waffen einem deutschen Soldaten überlassen werden, der vielleicht jene Gruppe Juden an den Fluß geführt hat, zu der ein die »Hatikwa« singender alter Vater gehörte, und der sie in den Fluß trieb, während sie ihre Sündenbekenntnisse und Gebete sangen, und der Fluß wurde rot vor

20 R. VOGEL (wie Anm. 16), S. 141.

21 T. SEGEV (wie Anm. 13), S. 417.

Blut?« Er wies den vom Ministerpräsidenten betonten Unterschied zwischen Nazideutschland und der Bundesrepublik höhnisch zurück und forderte ein Referendum. Die Debatte hatte indessen einen anderen Anstrich als die berühmte vor siebeneinhalb Jahren über die Globalkompensationen. Die Knesset hatte sich zwischenzeitlich fünfzig Mal mit Deutschland beschäftigt²² – und sie würde es in der Tat noch öfter tun. Jetzt wußte man besser über die Bundesrepublik Bescheid, die sich als berechenbar und mit der gewissenhaften Erfüllung ihrer Entschädigungsverpflichtungen als vertrauenswürdig erwiesen und zu der sich das Verhältnis trotz der fehlenden offiziellen Beziehungen auf manchen wichtigen Gebieten intensiviert hatte. Ben Gurion vermochte sich selbstbewußter, sicherer als damals im Januar 1952 zu geben, und er ging aggressiv, sogar schroff sarkastisch mit seinem Hauptwidersacher um, den er mit Spott überschüttete. Er unterstrich die Einbindung der Bundesrepublik in Europa und, frankophil und überzeugter Anhänger von Charles de Gaulle, die deutsch-französische Entente. Der Regierungschef verurteilte jetzt auch, daß »der Holocaust als Propagandamittel im politischen Kramladen mißbraucht« wird. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde mit 57 gegen nur 5 Stimmen bei 37 Enthaltungen verworfen und die Verkäufe an Deutschland zum Schluß mit 57 gegen 45 Stimmen bei 6 Enthaltungen gebilligt.

Die zur Opposition gehörenden Allgemeinen Zionisten stimmten nach Beratungen im letzten Moment dafür, die Koalitionspartner MAPAM und Achdut Ha'avodah jedoch dagegen, obwohl sich die Vertreter dieser beiden Parteien im Vorstand des Konzerns, zu dem die Munitionsfabriken gehörten, an den Verhandlungen mit Bonn beteiligt hatten und zum Teil deshalb sogar nach Deutschland geflogen waren. Wieder forderte der Ministerpräsident, daß die vier Abweichler ihr Kabinettsmandat zur Verfügung stellen, und wieder trat er, als sie sich weigerten, am 6. Juli 1959 mit der ganzen Regierung zurück. Diesmal gelang es ihm jedoch nicht, eine neue zu bilden, und er blieb mit der alten bis zu den Wahlen am 3. November 1959 im Amt. In den Koalitionsverhandlungen spielte die Rüstungskooperation mit der Bundesrepublik, wie ein Auszug des Protokolls belegt²³, eine Rolle. Tabenkin zu Ben Gurion, dessen Brief vom Februar 1958 ihn offensichtlich nicht überzeugt hatte, gleich zweimal: »größter Fehler Ihres Lebens«. Er behauptete wiederholt, ohne dies zu begründen, die Bewaffnung Deutschlands bedeute die Bewaffnung der Araber, worauf der MAPAI-Chef jedesmal richtigstellen mußte, daß diese von den Sowjets aufgerüstet werden. Und der Alte insistierte immer wieder: »Die Deutschen sind für mich, wie

22 Ebd.

23 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 172.

gesagt, ein Volk wie jedes andere, weder besser noch schlechter. Ja gut, die Nazis, aber nicht alle Deutschen sind Nazis, und die Regierung ist kein Nazi-Regime.« Man redete – wie so oft zum Verhältnis mit Deutschland – krass aneinander vorbei. Doch ließ sich Ben Gurion auf keinerlei Konzession ein. – Die Waffenverkäufe an die Bundeswehr mußten israelischerseits auch gegenüber der SPD, bei der sich kritische Stimmen zu Wort gemeldet hatten, gerechtfertigt werden²⁴, und man besorgte in Tel Aviv, die Bonner Parteifreunde würden sie zu einer »neuen Aktion gegen Israel« machen. Ansonsten ergaben sich in Deutschland insoweit keine größeren Probleme.

III. Die Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe beginnt

Sie stellte die erste überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik dar, und sie war, wie zu zeigen sein wird, durchaus substantiell. Peres schreibt, daß »sehr wertvolles Material bereits wenige Monate nach der ersten Begegnung« zur Verfügung gestellt worden sei.²⁵ Die grundlegenden Verständigungen – das galt für Rott und auch später – wurden nicht schriftlich fixiert. Peres dazu 1967: »Da immer so viel über Abkommen geredet wird, legten wir nichts fest, was sich als formelles Abkommen bezeichnen ließe. ... Gegenseitiges Vertrauen bestand während dieses ersten Treffens und beherrschte es von Anfang bis Ende. Die meisten unserer Vereinbarungen waren mündlicher Art und wurden getreu dem Wortlaut und Geist unserer Gespräche verwirklicht.«²⁶ Als AA-Staatssekretär Karl Carstens seinen BMVg-Kollegen Karl Gumbel hinsichtlich der 150 vereinbarten Panzer *M 48* (s.u.) fragte, wie das Geschäft eigentlich zustande gekommen sei, erhielt er zur Antwort, daß sich darüber keine Unterlagen im Verteidigungsministerium befänden.²⁷ – Weitere Erörterungen waren erforderlich. Peres, inzwischen stellvertretender Verteidigungsminister, kam mit seinem deutschen Freund häufiger diskret zusammen, und im Lauf ihrer Gespräche gewann die Sache mehr Gestalt. Klar war, daß es sich grundsätzlich um unentgeltliche Lieferungen handeln sollte. Zu einem geringeren Teil gehörte auch ohnehin auszusonderndes Material dazu. Peres: »Die USA halfen uns finanziell, aber nicht mit Waffen. Frankreich half uns mit Waffen, aber nicht mit Geld. Deutschland konnte einen weitsichtigen Schritt zum Brückenbau über die Vergangenheit mit einer Waffenhilfe tun, ohne dafür Geld oder sonst etwas zu fordern.«²⁸ Am Bonner Treffen vom 23. Februar 1960 nahm,

24 Vgl. ebd., Dok. 167, 3. Juli 1959.

25 Wie Anm. 7, S. 72.

26 R. VOGEL (wie Anm. 2), S. 140 f.

27 AAPD 1965/92, 23. Februar 1965.

28 Wie Anm. 7, S. 71.

um einen lang gehegten Wunsch von Strauß zu erfüllen, der damalige Landwirtschaftsminister Dayan, Held des Sinai-Feldzugs, teil.

Die Sache war nun reif für eine gemeinsame Entscheidung der beiden Regierungschefs, und diese erfolgte bei ihrer berühmten New Yorker Begegnung am 14. März 1960. Wir kennen heute die beiden Dolmetscherprotokolle in einer synoptischen Wiedergabe.²⁹ Der Teil über die Verteidigungshilfe ist nur knapp. Er wurde von Ben Gurion eingeführt, der auf die jüngste Zusammenkunft zwischen »einigen meiner Herren« und Strauß (»ein guter Mann«) Bezug nahm. Er sprach zunächst kleine U-Boote unter Hinweis darauf an, daß »in Ägypten zehn höchst moderne U-Boote sowjetischer Bauart stationiert seien, ... die eine ständige Gefahr« darstellten. Und er erwähnte dann Fernlenkgeschosse, wobei er die deutsch-französische Zusammenarbeit und die traditionelle Unterstützung Israels durch Paris lobend hervorhob.³⁰ »Herr Strauß habe dem israelischen Ersuchen gegenüber eine positive Haltung eingenommen, doch liege es nun beim Herrn Bundeskanzler, ob er sich dieser Haltung von Herrn Strauß anschließe oder nicht. Der Herr Bundeskanzler sagte, er stimme mit Herrn Strauß überein.« Das war alles.

Auf dem New Yorker Gipfel der beiden Patriarchen kam die israelischerseits schon jahrelang gewünschte Formalisierung der gegenseitigen Beziehungen mit keinem Wort zur Sprache. Auch das deutet darauf hin, daß es sich beim deutschen Verteidigungsbeistand (ebenso übrigens wie bei der von Adenauer im Hotel Waldorf Astoria – wenn auch zunächst vage – zugesagten Wirtschaftshilfe, der sogenannten Aktion Geschäftsfreund³¹) um einen Ausgleich für das deutschlandpolitisch bedingte Verharren im statusmäßigen Status quo handelte. Die Bundesrepublik wollte sich zu einem Botschafteraustausch angesichts der arabischen Drohungen, in einem solchen Fall die DDR anzuerkennen, nicht entschließen, und jedenfalls Teile des israelischen politischen Establishments machten aus der Not eine Tugend, indem sie jahrelang das mehr oder weniger konsequent praktizierten, was man eine Doppelstrategie nennen könnte: Einerseits Bonn immer wieder zur

29 Yeshayahu A. JELINEK und Rainer A. BLASIUS, *Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1997, S. 209-344, hier: S. 330-344. Es wird aus dem deutschen Protokoll von Heinz Weber zitiert.

30 Die Beziehungen zwischen Jerusalem und Paris sollten sich später jedoch verschlechtern. Derselbe de Gaulle, der von Israel als »Freund und Verbündetem« gesprochen hatte, belegte es 1967 mit einem Waffenembargo (Golda Meir: »Verrat«), und Frankreich ist bis heute innerhalb der europäischen politischen Zusammenarbeit EPZ (jetzt GASP) Israel gegenüber am kritischsten eingestellt.

31 Vgl. Rainer A. BLASIUS, *Geschäftsfreundschaft statt diplomatischer Beziehungen. Zur Israel-Politik 1962/63*, in: DERS.: (Hrsg.), *Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, München 1994, S. 154-210.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu drängen, sich andererseits aber die Weigerung entgelten zu lassen (mit Leistungen übrigens, von denen, wie die *New York Times* am 5. Juni 1964 feststellte, Bonn angesichts ihres Geheimcharakters nach außen – etwa im Zusammenhang mit den massiven israelischen Vorwürfen wegen der Raketenfachleute in Ägypten³² – keinen Gebrauch zu machen vermochte³³). In einem Vermerk des Referatsleiters Westeuropa im israelischen Außenministerium heißt es dazu, daß »der gegenwärtige Zustand zur Zeit zweckmäßig« sei, u.a. weil »Westdeutschland sich verpflichtet fühlt, Israel zu entschädigen, solange keine normalen diplomatischen Beziehungen bestehen.«³⁴ Auch die Bemerkung Peres' im Frühjahr 1965, er »ziehe den Motorzylinder eines Panzers dem Zylinder des Diplomaten vor«³⁵, geht in diese Richtung. Während des Golfkriegs 1991 stellten deutsche Waffen – erneut in Abweichung des Grundsatzes, solche nicht in Spannungsgebiete zu liefern – ebenfalls eine Art Beschwichtigungsmittel dar.

Anfang Juni 1961 traf sich Strauß mit Ben Gurion und Peres in Paris zu einem dreistündigen Gespräch, und er unterrichtete am 10. Juni 1961 Carstens. In dessen Notiz darüber³⁶ ist zunächst davon die Rede, daß Granatwerfermunition aus Israel bezogen werde und daß geplant sei, hierfür auf dem Lizenzweg in Spanien oder Portugal Produktionsstätten zu errichten. Es folgt der lapidare Satz: »Wir liefern keine Waffen an Israel.« Dann heißt es, daß »wir Israel unser know how auf dem Gebiet der Flugabwehr zur Verfügung stellen«. Damit war vor allem gemeint, daß man israelische Offiziere und Soldaten in der Flakschule Rendsburg

32 Vgl. ebd.

33 Vgl. z.B. Schröder zu Erhard am 9. November 1964: »Die Israelis honorieren unsere Großzügigkeit nicht, sondern setzen uns in anderen Fragen unter sehr starken Druck, wohl wissend, daß wir von der Tatsache unserer Waffenlieferungen an sie nicht sprechen und ihnen dieses Argument nicht entgegenhalten können« (AAPD 1964/315). – Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Chaim Jachil, widersprach andererseits am 7. März 1964 dem SPD-Abgeordneten Fritz Sänger gegenüber den »Bedenken deutscher Freunde Israels, ... die Bundesrepublik würde sich der Möglichkeit begeben, Israel mit heimlichen oder offenen Lieferungen zu unterstützen«, wenn sie »normale diplomatische Beziehungen« aufnehme (Y. A. JELINEK, wie Anm. 5, Dok. 226).

34 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 206, 18. Juli 1961.

35 Avi PRIMOR, »...mit Ausnahme Deutschlands«. Als Botschafter Israels in Bonn, Berlin 1997, S. 92. – Zum *Spiegel* äußerte Peres am 24. Februar 1965: »Ich finde Sicherheit wichtiger als diplomatische Beziehungen«, und »eine Grenze kann man nicht mit Botschaftern verteidigen.«

36 AAPD 1965/2. Diesen und drei weitere von ihm handschriftlich gefertigte, »streng geheim« eingestufte einschlägige Vermerke der Jahre 1962 und 1963 legte er am 4. Januar 1965, nachdem die Rüstungshilfe längst in die Schlagzeilen gekommen war und im Vorfeld des Ulbricht-Besuchs in Kairo zu gravierenden Schwierigkeiten mit den Arabern geführt hatte, Schröder als Anlagen zu einer Aufzeichnung vor. Sie sind – zusammen mit anderen in den *Akten zur Auswärtigen Politik* veröffentlichten, ganz überwiegend ebenfalls »geheimen« oder »streng geheimen« Dokumenten – eine wesentliche Quelle.

ausbildete. Diese »Ausbildungshilfe«, die auch auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager und in der Fallschirmschule Schongau allgemein, besonders aber für das gelieferte Gerät praktiziert wurde, stellte – zusätzlich zur »Ausrüstungshilfe« – eine eigene Beistandskategorie dar.³⁷ Weiter hielt Carstens fest, daß im Rahmen des amerikanischen lend lease-Programms einige Flugzeuge für Ausbildungszwecke an Israel geliefert worden seien. Diese trügen jedoch die Hoheitszeichen anderer NATO-Staaten.

Im Februar 1962 besprachen sich die beiden Initiatoren der Zusammenarbeit erneut. Der Verteidigungsminister informierte den Staatssekretär des AA am 23. Februar 1962, der dazu notierte³⁸, daß aus »aa) US- und französischen, bb) deutschen Beständen« über Frankreich Transportflugzeuge für 15,5 Mio DM jährlich zur Verfügung gestellt werden sollen. »Ich: aa) bedenklich, bb) unmöglich. Lieber wirtschaftliche Unterstützung. Strauß: Die Israelis haben extreme Hetze gegen uns verhindert (Globke).«³⁹ Auch die beabsichtigte Lieferung von Schiffen aus deutschen Beständen habe er, Carstens, als »unmöglich« bezeichnet. Die »leihweise« Ausstattung mit Trainern für Düsenflugzeuge blieb offen – es handelte sich um die zeitweilige Nutzung von zehn *Fougamaster* zu Schulungszwecken, die dann zustande kam.⁴⁰ – Am 8. Juni 1962 traf Peres zu einem zweistündigen Gespräch mit Adenauer zusammen, dem er in der Sache eine persönliche Botschaft Ben Gurions übermittelte. Wie in New York war der Bundeskanzler, der zunächst seine »tiefe Dankbarkeit über die honorige Führung des Eichmann-Prozesses« zum Ausdruck brachte⁴¹, einverstanden: »Wir haben Ihnen in der Vergangenheit geholfen, und wir werden es auch in Zukunft tun.«⁴² Er schrieb seinem Kollegen am 13. Juli 1962 einen bestätigenden Brief: Man

37 Der Referatsleiter Naher Osten und Nordafrika, Hans Schirmer, erwähnte z.B. am 3. März 1965 einen Panzerlehrgang und Marineausbildung an Radar (»Leistungen an Israel«: AAPD 1965/103).

38 AAPD 1965/2.

39 Strauß erklärte am 21. Februar 1965 in der *Welt am Sonntag*, die Waffenhilfe habe dazu beigetragen, daß aus dem Eichmann-Prozeß (April 1961 bis Mai 1962) für die Bundesrepublik »keinerlei gefährliche politische und psychologische Folgen« entstanden seien. Und *Stern*-Chefredakteur Henry Nannen behauptete im *Spiegel* am 3. März 1965, die Lieferungen hätten erst begonnen, nachdem Ben Gurion während des Prozesses das »andere Deutschland« in Schutz genommen und Globke herausgehalten habe. Indessen war die Kooperation längst vor der Verhaftung Adolf Eichmanns beschlossene Sache und angelaufen. Die Äußerungen von Strauß erklären sich ohne Schwierigkeiten aus dem Wunsch, die Zusammenarbeit gegen Vorwürfe abzuschirmen. Es hatte nahegelegen, auch bei den darüber geführten Kontakten die – erheblichen – Bonner Besorgnisse über die Auswirkungen des Verfahrens auf das deutsche Image anzusprechen, doch ist ein prinzipielles Quidproquo – das gilt auch für die »Aktion Geschäftsfreund« – absurde Spekulation.

40 AAPD 1964/289.

41 I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 220, gestützt auf das persönliche Tagebuch von Peres.

42 Ebd., S. 221.

habe die politische Lage ausführlich erörtert. Peres habe auf ihn einen »sehr guten Eindruck« gemacht, und er hoffe, daß dieser mit dem Ergebnis der Bonner Besprechungen zufrieden sei.⁴³ Strauß erhielt grünes Licht. Peres: Adenauers »Gefühl, daß Deutschland nach allem, was zwischen den beiden Völkern geschehen war, zu Israel enge Beziehungen eingehen sollte, hatte etwas fast Religiöses an sich.«⁴⁴

Es wurde ein Plafond von 250 Mio DM ins Auge gefaßt, in dessen Rahmen Einzelabsprachen zu treffen waren.⁴⁵ In dieser zweiten Phase der Zusammenarbeit ging es, jenseits des Überschußmaterials (um welches es sich teilweise bei den gelieferten Kraftfahrzeugen, Hubschraubern, Verbindungsflugzeugen und Panzerabwehrraketen handelte), überwiegend um Großgerät (Fla-Geschütze, Untersee- und Schnellboote sowie zum Schluß Panzer). Am 11. Juli 1962 konferierte Peres im Bonner Haus des Verteidigungsministers mit Strauß und Carstens.⁴⁶ Anwesend waren noch der BMVg-Unterabteilungsleiter für verteidigungswirtschaftliche Planung, Brigadegeneral Herbert Becker⁴⁷, und Oberst Asher Arbel von der Israel-Mission. Die eingehende Wunschliste umfaßte: 6 Schnellboote der *Jaguar*-Klasse, 3 (statt bisher 2) U-Boote (350 t), 36 amerikanische Haubitzen, 24 US-Hubschrauber, 12 französische *Noratlant*-Transportflugzeuge, 15 Panzer »deutsches Modell, in Deutschland gebaut«, 54 schwedische Fla-Geschütze sowie *Cobra*-Panzerabwehrraketen. Gesamtwert: 240 Mio DM. Bis dato sei deutscherseits nur »paramilitärische Ausrüstung« zur Verfügung gestellt worden. »Alles soll streng geheim bleiben, wenn wir es wünschen. Bisher war Geheimhaltung hervorragend. Peres war sechs bis neun Mal in Bonn. Niemand hat etwas erfahren. Lease oder wie wir wollen. Bundeskanzler hat in New York Ben Gurion mündlich ein »general commitment« gegeben.« »Ich kann nur anhören. Bei Panzern ist keine Geheimhaltung möglich. Vereinbart wurde: General Becker sagt Oberst Arbel bis Freitag Bescheid, wann wir Peres wieder empfangen können. Vorschlag: Montag morgen, Dienstag nachmittag, Mittwoch morgen.«

43 Y. A. JELINEK und R. A. BLASIUS (wie Anm. 29), S. 314.

44 Wie Anm. 7, S. 75.

45 Vgl. Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 150. So auch Erhard zum französischen Botschafter François Seydoux am 22. Februar 1965 (vgl. AAPD 1965/91).

46 Vgl. AAPD 1965/2.

47 »Herr Minister, machen wir !« (F. J. STRAUSS, wie Anm. 7, S. 345).

IV. Substanz, Abwicklung, Probleme

Adenauer stimmte im August 1962 endgültig zu⁴⁸, und der Beistand lief nunmehr voll an. Der Kanzler wurde auch später bewußt in allen Details unterrichtet, wie sich der BMVg-Hauptabteilungsleiter Rüstung, Werner Knieper, 1968 erinnerte.⁴⁹ Staatssekretär Volkmar Hopf und deutsche Offiziere flogen mehrfach nach Israel. Peres: »Die Qualität war ausgezeichnet, der Umfang beträchtlich – im Vergleich zu dem, was wir gewohnt waren, obwohl er noch längst nicht an das heranreichte, was die Ägypter bekamen. Die ärmlich ausgestattete israelische Armee, die mit ihren kargen Beständen aufs äußerste hatte knausern müssen, fühlte sich zum ersten Mal fast verwöhnt.«⁵⁰ Und am 24. Februar 1965 zum *Spiegel*: »Deutschlands Hilfe ist ein wichtiger, ein sehr wichtiger Beitrag.« Der vom Verteidigungsminister angeratenen Zustimmung der SPD hatte sich Peres über deren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler versichert, der »bei vielen Gelegenheiten Verständnis und Unterstützung« zeigte.⁵¹ Die allgemeine Einbindung der Sozialdemokraten, zu der ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender Erich Ollenhauer den Kanzler im Juni 1961 brieflich drängte, war unabdingbar geworden, und die nunmehr infragestehenden finanziellen Größenordnungen erforderten zudem die Befassung des Parlaments. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP, Brentano, Ollenhauer und Mende, wurden von Adenauer über die vereinbarte Konkretisierung des Projekts *Frank/Kol* im Wert von 240 Mio DM im nachhinein unterrichtet⁵². Die Information über die Ausrüstungshilfe erfolgte – zum ersten Mal am 13. Dezember 1962 – regelmäßig über je zwei, dann drei besondere Vertrauensleute der Fraktionen.

Die Zahl der eingeweihten Personen wurde in beiden Ländern möglichst gering gehalten, und selbst den Bundespräsidenten und den Bundestagspräsidenten ließ man außen vor. In Deutschland entschied auf Regierungsebene nicht das Kabinett, sondern der ebenfalls unter dem Vorsitz des Kanzlers tagende kleine Sicherheitsrat. – Israelischerseits verfuhr man ähnlich. In der Knesset waren die sieben Mitglieder des Unterausschusses für Verteidigung eingeschaltet. Peres orientierte zur Vorbeugung von Indiskretionen über die Presse im Dezember 1962 strikt vertraulich das Komitee der Chefredakteure. Selbst die Bonner Alliierten wurden zunächst nicht ins Vertrauen gezogen, und Peres unterrichtete auf Bitten Erlers erst im April 1963 beiläufig

48 Vgl. AAPD 1964/289.

49 »Bei dem alten Fuchs konnte man nie wissen« (I. ISRAEL, wie Anm. 6, S. 225 f).

50 Wie Anm. 7, S. 72.

51 R. VOGEL (wie Anm. 2), S. 142.

52 Vgl. AAPD 1964/289.

Präsident John F. Kennedy, der einverstanden war.⁵³ Trotzdem wurde die amerikanische Botschaft am 13. Juni 1963 im AA mit der Bitte um Aufklärung vorstellig.⁵⁴ Die Botschaft Washington berichtete, daß das Nahostreferat des State Department sich nach »Form und Umfang« der Ausrüstungshilfe an Israel erkundigt und dazu sieben konkrete Fragen formuliert habe.⁵⁵ Außenminister Gerhard Schröder monierte daraufhin, daß man sich mit der Auskunft von Hopf, Kennedy sei »auf einem absolut zuverlässigen Wege« ins Bild gesetzt worden, nicht zufriedengeben dürfe: »Es ist unmöglich, die Israelis über uns den Präsidenten unterrichten zu lassen!«⁵⁶

Anfänglich waren zur Tarnung Leihgaben oder Verpachtungen vereinbart worden. Die Verbringung des Materials nach Israel mußte verschleiert werden. Die außerhalb Deutschlands produzierten Waffen (z.B. schwedische Fla-Geschütze) wurden gleich vom Herstellerland aus zum Versand gebracht und die Rechnung durch Bonn beglichen. Die abenteuerlichsten Methoden kamen zum Zuge. Strauß: »Wir haben die Israel zugesagten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahlanzeige erstattet.«⁵⁷ Die unter französischer Linzenz in Deutschland gebauten *Noratlans* wurden von der deutschen zunächst an die französische Luftwaffe geliefert und von dieser an die israelische weitergereicht. So nahmen die Franzosen Mitte Mai 1960 die ersten drei Maschinen auf ihrem Flugplatz Lahr in Empfang und übergaben sie gleich den israelischen Piloten. Diese überpinselten das Eiserne Kreuz mit dem Davidstern und landeten 24 Stunden später via Marseille in Israel.⁵⁸ – Bei allen Waffen und Waffenteilen wurden nach Angaben des BMVg die Hinweise auf deutsche Herkunft entfernt.⁵⁹

Die Abgabe amerikanischer *Sikorsky*-Hubschrauber, deren Weiterleitung vom Washingtoner Office of Munitions Control nicht genehmigt war, ging 1963 so vor sich, daß die Helikopter bereits auf dem Weg von den USA im Hafen eines Drittlandes nachts vom deutschen auf ein parallel ankerndes israelisches Transportschiff umgeladen wurden. Die Sache kam heraus, als die Herstellerfirma bei der Ausladung am deutschen Bestimmungsort das Fehlen von zwei Maschinen feststellte, worauf weltweite Recherchen, auch unter Einschaltung des FBI angestellt wurden, die schließlich nach Israel

53 Vgl. Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 76.

54 Vgl. AAPD 1963/203.

55 Vgl. AAPD 1963/390⁵, 19. September 1963.

56 AAPD 1963/390 und 390⁶.

57 Wie Anm. 7, S. 342.

58 Vgl. I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 172-174.

59 AAPD 1964/289.

führten.⁶⁰ Kennedys Sicherheitsberater McGeorge Bundy beschwerte sich nachdrücklich bei Knieper, doch ließ man es bei einem formalen Protest bewenden. Am 15. August 1963 erhob die US-Botschaft im Auswärtigen Amt Vorstellungen gegen das Auftauchen von 15 bis 20 Hubschraubern amerikanischer Bauart in Israel, welche »Verstärkung der israelischen Luftstreitkräfte geeignet sei, das militärische Kräftepotential im Nahen Osten zu verschieben und daher die amerikanische Regierung beunruhige«. Darauf wurde zwei Wochen später geantwortet, die Apparate seien den Israelis »zu Ausbesserungszwecken« und »vorübergehend leihweise« zur Verfügung gestellt worden, womit man sich, offenbar augenzwinkernd, zufriedengab.⁶¹ Der Fall kam auch im Gespräch Schröders mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister George W. Ball zur Sprache, der sich »besorgt« zeigte.⁶² – Eine weitere Panne ergab sich, als ein Transporter in Genua zur Umladung auf ein israelisches Schiff am falschen Kai anlegte, der Zoll die Sendung öffnete und die Presse Fotos mit Waffen brachte, die dem italienischen Generalstab unbekannt waren. – *M48*-Panzer blieben beim Bahntransport nach Italien in einem Tunnel stecken, worüber die Zeitungen ebenfalls berichteten.⁶³

Nach dem Rücktritt von Strauß Ende November 1962 honorierte dessen Nachfolger Kai-Uwe von Hassel, den Peres am 8. Juni 1963 zum ersten Mal traf, nicht nur die eingegangenen Zusagen, sondern er verlegte gewisse Lieferungen vor. Zusätzliche Aufträge für die Bundeswehr wurden vereinbart. Der neue Minister zeigte sich sogar bereit, ein Dutzend Kampfpanzer *Leopard* zur Verfügung zu stellen.⁶⁴ Tanks waren schon von Strauß in Aussicht genommen worden, und tatsächlich wurden 1963 ein paar abgegeben. Israel benötigte sie dringend, um die Ausstattung Ägyptens mit modernen *T34/85* und *T54* durch die Sowjetunion auszugleichen. In der Unterredung vom 30. Januar 1964 stimmte Hassel weiteren Bitten zu, bestand aber auf der Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen. Auf deutsche U-Boote müsse deshalb verzichtet werden, doch werde Bonn für zwei nunmehr von Großbritannien zu bauende – größere – aufkommen. Auch der *Leopard* habe zu entfallen. Hinsichtlich der Abgabe amerikanischer Tanks *M48* (s.u.) blieb der Minister vage und verwies auf die erforderliche Einschaltung des Auswärtigen Amts. Das Kontrollgremium des Bundestags hatte bereits am 5. Februar 1963 Hopf darum ersucht, keine U-Boote und

60 Vgl. später *Aviation Week* am 31.7.1967: »Helicopters diverted to Israel«.

61 Vgl. AAPD 1963/358⁸.

62 AAPD 1963/358, 22. September 1963.

63 Wie Anm. 7, S. 82 f.

64 Vgl. I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 227, unter Hinweis auf das persönliche Tagebuch von Peres.

Panzer zu liefern, und sie waren von Adenauer dann auch nicht genehmigt worden.⁶⁵ Am 10. Februar 1964 begutachteten die Parlamentarier eine ergänzte israelische Wunschliste mit der Ausweitung des Finanzvolumens auf etwa 300 Mio DM.

Waren Strauß und Hassel sowie Adenauer hilfreich, so gilt das nicht für Schröder, im Gegenteil. Das Auswärtige Amt beurteilte nach der im November 1961 erfolgten Ablösung Brentanos die Rüstungszusammenarbeit mit Israel zunehmend kritisch, und der neue Außenminister, der einem von Peres gewünschten Zusammentreffen stets aus dem Wege ging⁶⁶, wurde zu ihrem nachdrücklichsten Widersacher. Das BMVg informierte das AA über manches gar nicht oder, milde ausgedrückt, offensichtlich ungenau, obwohl es bei Fragen der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe »im Einvernehmen« mit diesem zu entscheiden hatte. »Das Auswärtige Amt wurde bisher über den Stand der rüstungswirtschaftlichen Beziehungen zu Israel nicht ausreichend unterrichtet. In der vierteljährlich übermittelten Länderstatistik der Rüstungskäufe ... im Ausland waren die Zahlen für Israel entweder überhaupt nicht enthalten oder offensichtlich verschleiert, d.h. insbesondere die über Liechtenstein laufenden Käufe entweder gar nicht enthalten oder in der Rubrik »sonstige Länder« untergebracht.«⁶⁷ Jedenfalls auf Referats- oder Abteilungsleiterebene erhielt man überhaupt keine Auskunft über Rüstungslieferungen nach Israel.⁶⁸ Als sich die Nachrichten über das Durchsickern der Hilfe häuften, schrieb Schröder am 5. Juni 1964 Ludwig Erhard, der Adenauer im Oktober 1963 abgelöst hatte, das AA habe »keinen Überblick« darüber. »Ich halte diesen Zustand für untragbar und höchst gefährlich und möchte Ihnen daher vorschlagen, daß Sie sobald wie möglich zu einer Besprechung mit Herrn von Hassel und mir einladen, auf der der ganze Fragenkomplex erörtert« wird.⁶⁹

Bei einem Gespräch zwischen ihm und Hassel in Anwesenheit von Carstens sowie Hopf und Knieper am 29. Juli 1963 unterstrich der Chef des Auswärtigen Amtes: »Ganz falsch. Ich übernehme *keinerlei* Verantwortung dafür. Dies habe ich auch dem Bundeskanzler gesagt. Wir sollen weder mit den Ägyptern noch mit den Israelis militärische Beziehungen haben. Ob wir durchhalten *müssen*, lasse ich offen. Man könnte sagen: Ihr habt die Ägyptensache groß aufgeführt.«⁷⁰ Mit dem letzten Satz nahm Schröder

⁶⁵ Hingegen war Erler, wie er Peres am 2. Februar 1964 sagte, mit der Lieferung von M 48-Panzern, von denen gleich die Rede sein wird, einverstanden (vgl. I. ISRAEL, wie Anm. 6, S. 258 f).

⁶⁶ Vgl. F. J. STRAUSS (wie Anm. 7), S. 346.

⁶⁷ AAPD 1963/150.

⁶⁸ AAPD 1964/289³.

⁶⁹ AAPD 1964/151.

⁷⁰ AAPD 1965/2.

auf die Tätigkeit der deutschen Raketenexperten am Nil Bezug, und er insinuierte offenbar, in Jerusalem rücke man sie ins Licht, um Bonn zur Fortführung der Waffenexporte zu bestimmen.

Dann geht es im Telegrammstil so weiter: »Hassel: Keine Angriffswaffen (U-Boote und Panzer). Das andere defensiv. Aber eventuell Finanzhilfe für die Lieferung französischer Panzer. Weltjudentum. Schröder: Weltjudentum-Argument zieht nicht. Auch gegen diplomatische Beziehungen. Hassel: Keine deutschen Offensiv-Waffen !« Als der Verteidigungsminister zum Schluß die israelische Bitte vortrug, man möge sich deutscherseits an der Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren aus Tanganjika, Uganda und Kenia in Israel finanziell beteiligen, widersprachen Schröder und Carstens: »Unbedingt dagegen. Die Israelis wollen es zum Bruch zwischen uns und den Arabern kommen lassen.« Die instruktive Kontroverse zeigt, wie sehr die unkoordinierte deutsche Israelpolitik und damit das Verhältnis zwischen den beiden Ländern durcheinandergeraten und wie stark die Vorbehalte und das Mißtrauen des Außenministers gegenüber Jerusalem damals geworden waren. Schröder vermochte sich jedoch nicht durchzusetzen: Wie einer Aufzeichnung des damaligen Unterabteilungsleiters für Entwicklungspolitik, Rolf Pauls, zu entnehmen ist, wurden die »vom Auswärtigen Amt von Anfang an geäußerten und bis heute aufrechterhaltenen Bedenken« u.a. am 7. Juli 1964 im Bundessicherheitsrat und dann im Kabinett überstimmt.⁷¹

Schon vorher war ein neuer Akt des sich langsam zum Drama entwickelnden Stücks dadurch eingeläutet worden, daß die USA Bonn ihrerseits dazu drängten, Israel – zwecks Kompensation ihrer Waffenausfuhren nach Jordanien – 150 Panzer *M 48 A 1 (Patton)* zur Verfügung zu stellen, da sie durch eine eigene Lieferung nach der gerade erfolgten, von Kairo kritisierten Ausstattung Israels mit *Hawk*-Luftabwehrraketen ihre Beziehungen zu den arabischen Ländern nicht weiter gefährden wollten. Der amerikanische Botschafter George McGhee wurde dieserhalb ab Anfang 1964 in Bonn aktiv, doch waren Erhard und Schröder äußerst zurückhaltend. Am 26. Mai 1964 unterbreitete Peres, nachdem er vorher mit McGhee zusammengetroffen war, Kanzleramtsminister Ludger Westrick das Konzept, die Panzer zur Verwischung der Spuren zunächst ohne Geschütze und Motoren nach Italien zu geben, sie dort umzurüsten und direkt weiter nach Israel zu verschiffen, wozu er das Einverständnis Roms eingeholt hatte. In seinen Erinnerungen⁷² schildert er packend die wegen eines Attentatsversuchs in Deutschland auf de Gaulle gespannte Atmosphäre im Kanzleramt und das unter Zeitdruck erteilte Einverständnis Westricks.⁷³

71 AAPD 1964/289, 21. Oktober 1964.

72 Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 81-83.

73 DEUTSCHKRON (wie Anm. 4, S. 258) teilte er 1968 mit, ihm seien »später ... doch einige

Peres schreibt dort aber auch: »Die Deutschen argumentierten, schließlich handle es sich um amerikanische, nicht um deutsche Tanks. Warum könne die Lieferung des eigenen Produkts, da die Amerikaner mit Israel als Bestimmungsland ja einverstanden waren, nicht unmittelbar aus den USA erfolgen? Warum mußte sie über Deutschland laufen? Die Logik war unwiderlegbar. Außerdem, so machten sie geltend: wenn die Amerikaner gute Gründe hatten, nicht direkt zu liefern, so besaßen die Deutschen angesichts der arabischen Reaktionen noch triftigere. Wir folgerten, daß die Amerikaner über mehr Tanks, die Deutschen jedoch über bessere Argumente verfügten.« Schröder äußerte zu Erhard die »allerschwersten Bedenken«. ⁷⁴ Obwohl auch der Bundeskanzler eine – von Bonn zu finanzierende – unmittelbare Ausfuhr aus den USA bei weitem vorgezogen hätte, gab er in Washington am 12. Juni 1964 in seinen Gesprächen mit Präsident Lyndon B. Johnson und Verteidigungsminister Robert McNamara (die zehn Tage vorher dieserhalb mit Ben Gurions Nachfolger Levi Eshkol und Peres konferiert hatten) zur Verärgerung Schröders nach. Mit den 150 *Pattons* begann die letzte – und folgenschwerste – Etappe der Verteidigungshilfe für Israel vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.

In einer Weisung an Botschafter Georg Federer in Kairo vom 27. Januar 1965⁷⁵ gibt Carstens den Wert der bis dahin vereinbarten Lieferungen (ohne die Panzer, die zum Schluß die hauptsächliche Rolle spielten) mit 239 Mio DM an. Davon waren bereits abgewickelt 161 Mio DM (2 Flakbatterien, 42 *Noratlans* und *Sikorsky*, 24 Schulflugzeuge, 10 Verbindungsflugzeuge *DO 27*, 500 3-Tonnen-Lastkraftwagen, 470 Anhänger, 1600 Panzerabwehrraketen *Cobra*, 1500 Fallschirme, diverse Munition). Bei dem noch nicht gelieferten Material (78 Mio DM) handelte es sich um sechs auf der Bremer Lührsen-Werft zu bauende Schnellboote, zwei derzeit umgerüstete britische U-Boote und drei Flugzeuge *DO-28*. Von den 150 zugesagten *Pattons* (Verkehrswert rd. 200 000 DM pro Stück⁷⁶) waren 90 noch nicht ausgeliefert.

V. Die Geheimhaltung bröckelt und bricht schließlich zusammen

Die Unterstützung Israels mit Waffen, die seit 1962 im Haushaltsplan als – dann auch in geringerem Umfang ein paar anderen Ländern gewährte – »Ausrüstungshilfe« und »Ausbildungshilfe« in allgemeiner Form figurierte, beruhte auf persönlichen Beziehungen der eingeweihten Politiker, und sie

Zweifel gekommen, ob er die Zustimmung [Erhards und Westricks] so leicht erlangt hätte, wenn sie nicht gerade so sehr durch das Attentatsgerücht ... präokupiert gewesen wären.«

⁷⁴ AAPD 1964/151, 5. Juni 1964.

⁷⁵ AAPD 1965/39.

⁷⁶ Vgl. AAPD 1964/396.

war Vertrauenssache. Es gab natürlich keine Garantie dafür, daß eine so umfassende Operation verborgen bleiben würde. Sie trug insofern von vorneherein den Keim der Krise in sich. Bereits aufgrund des vorerwähnten *Spiegel*-Artikels über israelische Exporte an die Bundeswehr waren im Sommer 1959 in der arabischen Presse Spekulationen über die Versorgung Israels mit deutschen Rüstungsgütern angestellt worden, so wenn z.B. die Bagdader Presse von einer Achse Washington-Bonn-Tel Aviv gegen die Araber sprach und behauptete, die Bundesrepublik liefere im Austausch an Israel Waffen und Unterseeboote.⁷⁷ Selbst die Akteure ergingen sich in mehr oder weniger deutlichen Anspielungen. So meinte Ben Gurion am 2. Dezember 1962 im *Dawar* zur Beschwichtigung des »Zorns darüber, daß sich Nazis in Ägypten befinden«, wofür »man das gegenwärtige deutsche Volk und den gegenwärtigen deutschen Staat verantwortlich macht«: »Wir sind angewiesen auf Ermutigung, wir sind angewiesen auf politische Freundschaft, wir sind angewiesen auf Waffen, mit denen wir unsere Selbständigkeit schützen können.«

Sogar Peres verhielt sich unvorsichtig: Am 25. Mai 1963 berichtete die *Herald Tribune*, daß ein hochrangiger Beamter zum Ausdruck gebracht habe, Westdeutschland leiste einen erheblichen Beitrag zu Israels Verteidigungsbedürfnissen. »Peres ... sagte, Deutschlands Wichtigkeit für Israels ›vitale Interessen‹ sei nicht geringer als diejenige Frankreichs. ... Die engen Verbindungen zu Bonn stellten den bedeutendsten Erfolg Israels im Sicherheitsbereich seit dem Sinaikrieg dar, so fügte Peres in einer hier gehaltenen Ansprache hinzu. Seine Ausführungen waren der bislang offenste Hinweis auf die israelisch-deutschen Sicherheitsverbindungen, obwohl es darüber in der Vergangenheit schon Andeutungen gab. Peres sagte, Strauß habe als Verteidigungsminister zu Israels Sicherheit ›sehr substantiell beigetragen‹. Während über gewisse Aspekte der Sicherheitslage öffentlich jetzt noch nicht berichtet werden könne, ›kommt einmal der Tag, an dem die Wahrheit bekannt wird.« Offenbar hatte der Politiker bei einer jüdischen Organisation gesprochen.⁷⁸ Das waren anerkennend gemeinte Äußerungen, auf die man sich in der Bundesrepublik etwas zugute halten durfte, nur konnten sie auch den Feinden Israels nicht entgehen.

Verschleierte Hinweise auf die Rüstungskooperation kamen, wie gezeigt, auch verschiedentlich in der Knesset zur Sprache. Strauß machte während

77 Y. A. JELINEK (wie Anm. 5), Dok. 169.

78 Peres 1967 im Interview mit R. VOGEL (wie Anm. 2, S. 142), auf dessen Bemerkung, er habe sich in den jüdischen Gemeinden Amerikas sehr für das neue Deutschland eingesetzt: »Ich war tatsächlich einer von denen, die sich darum bemühten, den Israelis und den Juden in den Vereinigten Staaten die Bedeutung der neuen Beziehungen zwischen uns und den Deutschen klarzumachen.«

seines Israelbesuchs vom 28. Mai bis 7. Juni 1963 (bei dem er von Dayan auf dem Flugplatz mit den Worten empfangen wurde, er komme, um dem Mann zu danken, »der unserer Nation in den schwersten Stunden beigestanden hat«, und in dessen Verlauf man zur Dämpfung von Demonstrationen den Kreis der eingeweihten Personen ausdehnte) auf insistierende Fragen mehrfach Andeutungen. Nachdem Ben Gurion und Peres während der Visite, um den Gast vor Protesten in Schutz zu nehmen, des öfteren auf dessen Verdienste um die Sicherheit Israels hingewiesen hatten, stellte ein MAPAM-Politiker im Parlament am 3. Juni 1963 die rhetorische Frage, warum die deutschen Lieferungen eigentlich nicht erläutert werden könnten: »Warum? Vielleicht besteht das Geheimnis darin, daß es überhaupt kein Geheimnis gibt.« Als Strauß auf einer Pressekonferenz die Ausbildungshilfe bestritt, wurde dies, besonders gravierend, vom stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem SPD-Abgeordneten Hans Merten, der dem Kontrollgremium des Bundestags angehörte, gegenüber der *Neuen Rhein-Ruhr-Zeitung* am 15. Juni 1963 – aus welchen Motiven auch immer – mit der Begründung richtiggestellt, es werde ohnehin herauskommen.⁷⁹

Es ist erstaunlich, daß die vielfältigen jahrelangen Indiskretionen das Unternehmen *Frank/Kol* nicht schon früher als im Oktober 1964 zielgerichtet in die Schußlinie der Araber brachten. Das AA spielte stets herunter, z.B. in einer Weisung an Botschafter Walter Weber in Kairo zur Ausbildungshilfe, der »keine grundsätzliche Bedeutung beizumessen« und die »als Einzelfall zu werten« sei. »Ohne das Thema zu vertiefen, werden Sie gebeten, alle daran anknüpfenden politischen Kombinationen zurückzuweisen.«⁸⁰ Der Leiter des Nahostreferats, Hans Schirmer, vermutete, der Grund für die Zurückhaltung sei »in der Tatsache zu suchen, daß die deutschen Techniker in dem VAR-Flugzeugwerk in Heluan arbeiten und daß die deutschen Wissenschaftler ... in der VAR tätig sind.«⁸¹ Der ägyptische Staatspräsident Gamal Abdel Nasser sagte am 24. Februar 1965 dem *Spiegel*, er habe zunächst geglaubt, es gehe nur um leichte Waffen, und erst als

⁷⁹ Es handelte sich in diesem Fall um die Teilnahme von Offizieren und Unteroffizieren an einem Kurs in Rendsburg, wie meist zur Tarnung in Uniformen der Bundeswehr. Die *dpa*-Meldung darüber hatte mit dem Rücktritt Ben Gurions zu tun: Am 15. Juni 1963 drängte die empörte Außenministerin Meir ihren Regierungschef zu einer Weisung an die Zensurbehörde, die Nachricht nicht freizugeben, und sie bot, als dies abgelehnt wurde, zornig ihre Demission an. Teddy Kollek versuchte zu vermitteln, und abends redeten sich die drei in der Küche von Ben Gurions Haus über die »deutsche Frage« die Köpfe heiß, doch gingen die beiden Kontrahenten nach Mitternacht unversöhnt auseinander. Am nächsten Tag trat der Ministerpräsident zurück. Grund war die Spionageaffäre Lavon. Anlaß aber auch Frustration über die Widerstände gegen seine Deutschlandpolitik. Vgl. Michael BAR-ZOHAR, *David Ben Gurion. Die Biographie des Staatsgründers*, Bergisch Gladbach 1988, S. 438-441.

⁸⁰ AAPD 1963/302, 21. Juni 1963.

⁸¹ AAPD 1964/54, 24. Februar 1964. Vgl. auch AAPD 1964/164.

er vor einigen Monaten erfahren habe, daß gratis auch Panzer geliefert würden, habe er Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier in Kairo auf die Sache angesprochen. – In einer Aufzeichnung über »Waffenlieferungen in den Nahen Osten« postulierte im AA der Unterabteilungsleiter der Politischen Abteilung I, Alexander Böker: »Es erscheint im Prinzip nach wie vor richtig, daß wir an Nahost-Staaten keine Waffen liefern und keine sonstigen Beziehungen auf dem Rüstungssektor unterhalten. ... Entsprechend diesem Grundsatz sollte ferner angestrebt werden, daß wir uns aus allen bereits eingegangenen Bindungen auf militärischem Gebiet schrittweise wieder herauslösen.« Aber: »Eine einseitige Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel wäre politisch ... unmöglich. Der kürzliche Besuch einer Delegation hoher Offiziere der Bundeswehr in Israel zeigt außerdem, daß das Bundesverteidigungsministerium dieser Zusammenarbeit besonderen Wert beimißt. Solange sich das Prinzip, keine Waffen in den Nahen Osten zu liefern, nicht durchführen läßt, erscheint es zumindest erforderlich, eine gewisse Gleichbehandlung beider Seiten anzustreben.«⁸²

Seit dem Frühjahr 1964 kündigte sich das Unwetter in zunehmend besorgniserregender Weise an⁸³, wobei vom AA, wie mit dem parlamentarischen Sondergremium abgesprochen, stets aufs neue dementiert wurde. Und im Herbst 1964 hielt man in Kairo dann die Zeit für gekommen, gezielt an die Öffentlichkeit zu gehen. Dabei wählte die offiziöse Zeitung *Al-Gumhuria* am 22. Oktober 1964 den Umweg über die Meldung von angeblichen deutsch-israelischen Nuklearprojekten, die dann vier Tage später zum Hinweis der *Frankfurter Rundschau* führte, »daß den arabischen Staaten auch die Einzelheiten der bisher an Israel gegebenen Rüstungshilfe nicht verborgen geblieben« seien. Weitere Blätter folgen, vor allem die *New York Times* mit Details am 31. Oktober 1964, wenn auch noch ohne Erwähnung der Panzer. Es ist nunmehr notorisch, daß Israel »aufgrund einer Vereinbarung von 1960 zwischen Adenauer und Ben Gurion, von Strauß umgesetzt, Waffen im Wert von über 200 Mio. DM geliefert wurden«.

Man hat mehrfach die Frage gestellt, von wem denn die Katze aus dem Sack gelassen wurde. Seitens der Araber, wofür das meiste, nicht zuletzt die auslösende Meldung aus Kairo spricht? Den Spuren Mertens bei der Ausbildungshilfe von 1963 folgend, von interessierten Kreisen in der Bundesrepublik, die mit der Kooperation nicht einverstanden waren? Durch die Israelis, die deren Auslaufen ohnehin voraussehen konnten und, wie das Schröder schon 1963 vermutet hatte, das deutsch-arabische Verhältnis stören wollten? Regierungssprecher Karl-Günther von Hase wies

82 AAPD 1964/179, 29. Juni 1964.

83 Vgl. AAPD 1964/151, 164, 173², 289, 289⁴.

Shinnars Vertreter Leo Savir unumwunden darauf hin, »daß in Bonn an mehreren Stellen behauptet wird, die Informationen kämen auch von israelischer Seite, um die Bundesregierung zu zwingen, die Beziehungen und das ganze Verhältnis zu Israel auf eine klarere Basis – Aufnahme diplomatischer Beziehungen – zu stellen«, doch »hat Herr Savir mit aller Entschiedenheit sofort erklärt, daß das nicht zuträfe. Niemand in Israel könne ein Interesse an der Bekanntgabe dieser Lieferungen haben, auch nicht, um damit weitergehende politische Wirkungen ... zu erzielen.«⁸⁴ Die Antwort auf dergleichen Vermutungen und Spekulationen erscheint indes nicht sehr bedeutsam, weil die Tatsache der Waffenlieferungen als solche den Arabern ja längst bekannt war.

VI. Gravierende Interessengegensätze zwischen Bonn und Jerusalem

Die deutsche öffentliche Meinung war ganz überwiegend kritisch, und auch viele Freunde Israels bedauerten, daß man die Hinauszögerung der längst fälligen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Zusammenarbeit in einem Bereich zu kompensieren versuchte, der für Deutschland problematisch sei, weil man sich nach dem Krieg zum Waffenlieferanten größeren Stils nicht berufen fühlte. Das wurde zur vorherrschenden Auffassung der Politiker von Koalition und Opposition – mit Ausnahme von Adenauer und Strauß, die beide der Bundesregierung nicht mehr angehörten. Für die SPD drückte Eler das Dilemma gegenüber Peres so aus: »Wenn man im moralischen Bereich zwischen zwei dringenden, doch widersprüchlichen Erfordernissen entscheiden muß, ist das am wenigsten unmoralische das moralischste.«⁸⁵ Dieser bekundete Verständnis. Karl Mommer, einer der beiden sozialdemokratischen Vertrauensleute des Bundestags, 1967: »Es lag uns daran, Israel zu helfen, denn wir wußten, daß es nur seine Verteidigung sicherstellen und den Status quo im Nahen Osten nicht verändern wollte. ... Wären wir vorher konsultiert worden, hätten wir andere Lösungen vorgeschlagen, z.B. eine finanzielle anstatt einer militärischen Hilfe. Da man uns aber erst unterrichtete, als die Lieferungen schon im Gange waren, haben wir uns darauf beschränkt, keine Einwände zu erheben.«⁸⁶

Jerusalem reagierte schnell. Savir wurde am 2. November 1964 dringlich bei Hase vorstellig, der über die Demarche festhielt⁸⁷: Er »ließ keinen Zweifel daran, daß er den Auftrag seiner Regierung habe, um jeden Preis zu verhindern, daß eine amtliche Bestätigung von deutschen Waffenlieferungen

84 AAPD 1964/306.

85 Sh. PERES (wie Anm. 7), S. 74.

86 I. ISRAEL (wie Anm. 6), S. 257.

87 AAPD 1964/306.

an Israel, und sei es auch nur in kleinem Umfang, erfolge.« Der Chef des Bundespresseamts erwiderte, daß es nicht möglich sei, »eine falsche amtliche Aussage zu machen« und daß es »ferner auf Grund zahlreicher Beschwerden und Anfragen aus den arabischen Ländern« gelte, die offenbar weit über den tatsächlichen, ihm nicht bekannten Sachverhalt hinausgehenden Pressemeldungen »in ihrer Proportion – nicht in Einzelheiten – richtig zu stellen.« Zwei Tage später beharrte Shinnar, der gerade aus Israel zurückgekommen war, darauf bei Erhard mit einer mündlichen Botschaft Eshkols⁸⁸: Hinsichtlich der zu erwartenden Erklärung der Bundesregierung habe Jerusalem zwar Verständnis dafür, wenn eine als »äußerst beschränkt« dargestellte Verteidigungshilfe an Israel eingeräumt werde, doch bitte man, schon zur Vermeidung des Eindrucks erfolgreichen arabischen Drucks, dringend darum, nicht etwa hinzuzufügen, daß Bonn insoweit keine neuen Vereinbarungen eingehen wolle. Die Frage des Kanzlers, »ob man an Stelle künftiger Waffenhilfe vielleicht einiges mit Geld machen könne, womit Israel an anderer Stelle Waffen kaufen könne«, wurde von Shinnar grundsätzlich zustimmend beantwortet.⁸⁹

Eine öffentliche Erklärung unterblieb zunächst, obwohl Federer warnte, es müsse in den arabischen Staaten zu »einer gefährlichen Unruhe führen«, falls man es »völlig in der Schwebe« lasse, »welchen Umfang die deutschen Waffenlieferungen an Israel annehmen werden.«⁹⁰ Bonn lag aber daran, neue Verpflichtungen unbedingt zu vermeiden. Schröder setzte sich in einem Brief an Erhard für »die strikte Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit Israel in der Zukunft« ein. Eile sei geboten, denn die Bonner Politik werde angesichts der ständigen Bekundungen, in Spannungsgebiete keine Rüstungsgüter zu liefern, in der arabischen Welt als »unaufrichtig und hinterhältig« empfunden. Dagegen sollten die »finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen« (womit die »Aktion Geschäftsfreund« gemeint war) fortgesetzt werden, wenn es auch – dies beschäftigte die deutsche Nahostpolitik noch auf Jahre hinaus – erforderlich sei, »den arabischen Staaten eine Hilfe zuteil werden zu lassen, die einem Vergleich mit unserer Israel-Hilfe standhält.«⁹¹ In diesem Sinne peilte man im AA verschiedene »Paketlösungen« an. Gerstenmaier, ein engagierter Freund Israels, schlug am 22. November 1964 in einem zweistündigen Gespräch mit Nasser auf persönlicher Basis in der Substanz vor, daß die Bundesrepublik auf den Rüstungsbeistand verzichten

88 AAPD 1964/312.

89 Daran knüpfte man bei den Verhandlungen Birrenbachs zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen hinsichtlich der erbetenen Wirtschaftshilfe an (18. März 1965, vgl. AAPD 1965/132).

90 AAPD 1965/9¹¹.

91 AAPD 1964/315, 9. November 1964.

und die Araber dafür die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ohne Aufwertung der DDR akzeptieren sollten, doch kam nichts dabei heraus.⁹²

Der ganze Komplex geriet zunehmend in den Sog der sich verschärfenden arabischen Drohungen mit der Anerkennung Ostberlins. Sie blieb Anathema für die Bonner Politik, obwohl im AA in dieser Zeit bereits Erwägungen darüber angestellt wurden, wie man sich aus den Zwängen der Hallstein-Doktrin behutsam befreien könne.⁹³ Man hatte ihren Bannstrahl zweimal – bei Jugoslawien 1957 und Kuba 1963 – gezündet, und nun brannte es zum ersten Mal lichterloh in einem nichtkommunistischen Land. Am 24. Dezember 1964 attackierte der ausgekochte ägyptische Schaukelpolitiker in einer Rede Deutschland und die USA und behauptete, Bonn sei von den Vereinigten Staaten für die Israel umsonst gelieferten Waffen entschädigt worden. Schnell verfestigte sich der Teufelskreis mit einem zusätzlichen, höchst alarmierenden Pferdefuß: Am 24. Januar 1965 kündigt *Al Ahram* den Besuch des DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht in Ägypten an.⁹⁴ Am Rhein laufen die Drähte heiß.⁹⁵ In der Kabinettsitzung vom 27. Januar 1965 beantragte Schröder: »Wir sollten keine weiteren Waffen an Israel liefern«. Nach sehr ausführlicher Diskussion ging jedoch die überwiegende Meinung im Kabinett dahin, daß die bereits vereinbarten Waffenlieferungen an Israel fortgesetzt werden sollten. Dies war auch der Standpunkt des Bundeskanzlers. Aber er erklärte ferner, wir hätten »keine Absicht, neue Verträge über Waffenlieferungen mit Israel abzuschließen, allerdings hinge das auch von der Haltung Ägyptens ab.«⁹⁶ Tags darauf plädierte auch der zuständige Unterausschuß des Bundestags lediglich dafür, »in Zukunft« keine neuen Verpflichtungen zu Rüstungslieferungen an Israel einzugehen.

Carstens wies Federer Ende Januar an, mit Nasser ein »offenes Gespräch« zu führen mit dem Ziel, den Ulbricht-Besuch »unter allen Umständen zu verhindern.« Er weihte den Botschafter im Detail in die bisher Israel zugesagten und bereits gelieferten bzw. noch nicht abgewickelten Rüstungsgüter ein und

92 Aufgrund der Akten sind wir über das Treffen (AAPD 1964/352 und 352³), seine Vorbereitung (Briefwechsel mit Erhard: AAPD 1964/325 und 340) sowie die nachherigen Erörterungen darüber in einem interfraktionellen Gremium (AAPD 1964/385) gut informiert. Vgl. auch Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1981, S. 499-501.

93 Vgl. z.B. AAPD 1965/42 und 52.

94 Die gleiche Zeitung veröffentlichte am 7. Februar 1965 eine eingehende Liste der an Israel gelieferten Rüstungsgüter, wobei sie wahrheitswidrig auch über Bonner technische Hilfe »besonders auf bakteriologischem, chemischem und atomarem Gebiet« berichtete.

95 Fast die Hälfte der im ersten Band 1965 der *Akten zur Auswärtigen Politik* für die Zeit vom Januar bis März veröffentlichten 157 Dokumente betreffen unmittelbar die Krise der deutschen Nahostpolitik. Aus Platzgründen kann nur ein kleiner Teil berücksichtigt werden.

96 AAPD 1965/40.

überließ es diesem, »nach dortigem Ermessen« davon und von folgendem Gebrauch zu machen: Man sei bestrebt »eindeutige und praktikable Regelungen für Waffenlieferungen aufzustellen und insbesondere zu verhindern, daß Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden. ... Mit sofortiger Wirkung [werde man] keine neuen Verpflichtungen zur Lieferung von Waffen an Israel eingehen.« In Gesprächen mit den Israelis solle der Versuch unternommen werden, die Auslieferung der noch nicht abgegebenen Panzer oder jedenfalls fünfzig dieser Panzer ebenso wie der Schnellboote zu »unterbinden«. Ein Erfolg dieser Bemühungen sei jedoch fraglich.⁹⁷

Bonn hielt nach außen weiterhin still, auch nachdem der Botschafter gedrahtet hatte, eine Nasser nahestehende Persönlichkeit habe ihm mitgeteilt, es gebe »doch noch eine Chance«, den Ulbricht-Besuch zu verhindern, nämlich die umgehende Einstellung aller Rüstungslieferungen an Israel⁹⁸, und Nasser ihm keinen Zweifel ließ: Bonn sei »durch dick und dünn mit Israel verbunden. Wir lieferten nicht nur Waffen, sondern unterstützten auch die Wirtschaft Israels und räumten Israel einen politischen Einfluß in der Bundesrepublik ein.« Dies habe ihn nunmehr veranlaßt, dem jahrelangen Drängen Ulbrichts auf eine Einladung nach Kairo nachzugeben.⁹⁹ Der Botschafter wurde zu Konsultationen nach Bonn gerufen. An ihnen nahmen jetzt auch die drei Fraktionsvorsitzenden im Bundestag (Rainer Barzel, Wolfgang Mischnik, Herbert Wehner) teil, die am 1. Februar 1965 »übereinstimmend äußern, daß wir die Waffenlieferungen an Israel auslaufen lassen und keine neuen mehr zusagen sollten.«¹⁰⁰ Beim Bundeskanzler hielt Schröder zwei Tage darauf »die Lage für hoffnungslos ›vermurkt‹. ... Alle stimmten darin überein, daß wir den arabischen Ländern mitteilen sollten, daß wir keine neuen Engagements gegenüber Israel mehr eingehen würden. Alle sind sich auch einig, daß wir aus der Situation der Erpreßbarkeit herauskommen müssen – ohne daß das ›Wie‹ allerdings näher erörtert wird.«¹⁰¹ Erhard

97 AAPD 1965/39, 27. Januar 1965.

98 AAPD 1965/48¹⁵, 30. Januar 1965.

99 AAPD 1965/48. In Wahrheit dürfte die Einladung jedoch auf das Drängen des stellvertretenden UdSSR-Ministerratsvorsitzenden Alexander N. Schelepin zurückgegangen sein, der sich Ende Dezember 1964 in Kairo aufgehalten und dort wesentliche Zusagen im Wirtschafts- und Rüstungsbereich gemacht hatte. So auch Erhard am 3. Mai 1965 zu den drei alliierten Botschaftern (vgl. AAPD 1965/112) und im Dialog mit der israelischen Seite.

100 H. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 154. Sie sprachen sich dafür aus, Waffen künftig nur noch an NATO-Verbündete zu liefern, doch unterblieb eine gesetzliche Regelung schließlich nicht zuletzt deswegen, weil sich Rüstungsexporte an Drittweltländer zur Stützung des Alleinvertretungsanspruchs verwenden ließen. Sie wurde auch arabischerseits, so der marokkanische Botschafter am 9. Dezember 1964 zu Böker (AAPD 1964/378), »schröff abgelehnt«, denn sie werde dort so ausgelegt, »daß Deutschland zunächst Israel militärisch stärken wolle, um dann [dessen] so entstandene militärische Überlegenheit ... zu verewigen.«

101 Ebd.

bekräftigte, daß keine Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden dürften, wobei er festlegte, daß der Nahe Osten als ein solches anzusehen sei, und er beauftragte das AA, »wegen der bereits vereinbarten, aber noch nicht durchgeführten Lieferungen an Israel mit der israelischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, diese Lieferungen abzulösen.«¹⁰² Staatssekretär Rolf Lahr schlug das Shinnar am 4. Februar 1965 vor.¹⁰³

Die Bundesregierung war in größter Verlegenheit. Sie glaubte schnell handeln zu müssen und tat nun etwas, was besser unterblieben wäre: Sie wandte sich mit der Bitte um Vermittlung bei Nasser an Spanien, worum sich der von Franco persönlich mit der Aufgabe betraute Abteilungsleiter im Außenministerium Francisco Marqués de Nerva vom 6. bis 10. Februar 1965 in vier Gesprächen mit Ministerpräsident Ali Sabri und einer abschließenden Unterredung mit dem »Rais« bemühte. Wie Carstens Botschafter Helmut Allardt in Madrid anwies, »komme es in erster Linie darauf an, Nasser dahin zu bringen, den Ulbricht-Besuch abzusagen oder ihn zumindest zu verschieben.«¹⁰⁴ Dies mißlang nicht nur, sondern Nerva erweckte mit seinen »ebenso überflüssigen wie in der Sache schädlichen«¹⁰⁵ öffentlichen Erklärungen den Eindruck, er habe der ägyptischen Seite Zusagen gemacht, die über seine Instruktionen aus Bonn klar hinausgingen, vor allem daß die Waffenlieferungen an Israel sogleich (ex nunc) ganz eingestellt und in absehbarer Zeit keine diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem aufgenommen würden.¹⁰⁶ Die Pressemeldungen aus Kairo über entsprechende Äußerungen Sabris schlugen in der Bundeshauptstadt am 10. Februar 1965 wie eine Bombe ein. Schröder hörte davon während einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in der just gesetzgeberische Maßnahmen erörtert wurden, keine Waffen mehr in nicht der NATO angehörende Länder gelangen zu lassen. Ihm blieb nichts als richtigzustellen, daß man die arabischen Hauptstädte lediglich davon informiert habe, künftig (»pro futuro«) kein Rüstungsmaterial mehr in den Nahen Osten zu liefern. Die dilettantisch und unter enormem Druck eingefädelt Mission Nervas, die eine Episode am Rande blieb, ist kein Ruhmesblatt deutscher und spanischer Außenpolitik.

VII. Der Höhepunkt der Krise

Die Lage spitzte sich zu: Am 10. Februar 1965 setzte Shinnar Carstens davon in Kenntnis, daß die israelische Regierung das deutsche Angebot

102 AAPD 1965/57².

103 Vgl. AAPD 1965/57.

104 AAPD 1965/59², 2. Februar 1965.

105 So Allardt (AAPD 1965/404).

106 Zur verwirrungsträchtigen Mission Nervas vgl. vor allem AAPD 1965/59, 73, 77, 404.

zwei Tage vorher abgelehnt habe. »Sie brauche die noch nicht ausgelieferten Dinge dringend, andernfalls werde eine Lücke in der Planung entstehen, die nicht zu schließen wäre.«¹⁰⁷ Der Staatssekretär zeigte sich »tief enttäuscht. ... Unsere Deutschland-Politik im Nahen Osten und darüber hinaus in anderen Teilen der Welt gerate in schwere Gefahr. ... Wir können uns mit dieser Auffassung ... nicht zufrieden geben.« Er unterrichtete anschließend das Kabinett, das die Entscheidung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, bestätigte. Am nächsten Tag sah Shinnar zunächst Westrick und anschließend den Bundeskanzler.¹⁰⁸ Der Minister wiederholte – unter Berufung auf die »Lebensinteressen Deutschlands« und darauf, daß die »geschenkweise gegebenen Lieferungen ... für Israel keinen unersetzlichen Wert hätten« – dringlich die Bitte um Einlenken, doch betonte der Botschafter wie gegenüber Carstens am Vortag, die »Waffenlieferungen seien Teil eines Planes, der eingehalten werden müsse, um die Existenz Israels zu sichern.« Der Chef des Bundeskanzleramts brachte jetzt, als »unangenehmeren Punkt«, ein Argument aufs Tapet, das bereits Lahr und Carstens geltendgemacht hatten und das in den folgenden Wochen in den deutschen Akten einen gewichtigen Platz einnimmt: »Bei den Besprechungen mit Peres – in diesem Zimmer – sei erklärt worden, daß diese Dinge geheim bleiben müßten; blieben sie nicht geheim, dann würden die Lieferungen eingestellt. Er möchte das Wort ›Wegfall der Geschäftsgrundlage‹ nicht erwähnen. Er wolle eine honorige Lösung finden ... Selbst vom Rechtsstandpunkt aus sei die deutsche Lage also günstig. Er wünsche aber, daß sie die Angelegenheit nicht als Juristen, sondern als Herren anpackten.« Es ging dabei vornehmlich um die Panzer, die in der letzten Phase der Rüstungslieferungen die wesentliche Rolle spielten.¹⁰⁹

Bei der nachfolgenden Unterredung mit dem Kanzler zeichnete sich – allerdings nur scheinbar – ein Ausweg ab. Erhard belegte mit einer Kopie

107 AAPD 1965/65.

108 AAPD 1965/70.

109 Zum erwähnten Treffen Peres – Westrick zwischen Tür und Angel am 26. Mai 1964 über die Tanks gibt es keine unmittelbare Aktenunterlage, und wir sind darüber nur durch die Memoiren des ersteren (S. 81-83) unterrichtet, wo indes von einem solchen – an sich naheliegenden – Vorbehalt nicht die Rede ist. Für die *Pattons* besaß das Argument wohl juristische Relevanz: McGhee bestätigte Schröder am 22. Februar 1965, McNamara habe Erhard am 12. Juni 1964 »darauf hingewiesen, daß die Lieferungen dann eingestellt werden könnten, wenn die Angelegenheit überhaupt bekannt werde« (AAPD 1965/89), und er informierte den Bundeskanzler am 22. Februar 1965, »das habe die amerikanische Regierung den Israelis wieder gesagt« (AAPD 1965/90). Auf die Frage, ob denn deutscherseits »mit den Israelis nie darüber gesprochen worden sei«, bemerkte Schröder am 2. März 1965, man habe sich insoweit »absolut auf die Vereinigten Staaten verlassen« (AAPD 1965/100), doch mußte er am 11. März 1965 einräumen, »die Angelegenheit sei etwas unklar, ... schriftlich sei nichts festgelegt worden.« Und er meinte zu Recht, »die Israelis betrachteten dies aber eher als eine moralische Frage« (AAPD 1965/125).

der Instruktionen an Nerva, daß dieser sein Mandat überschritten hatte. Er wiederholte die Offerte von Anfang Februar und bat dringend darum, sich zu Hause erneut um eine Zustimmung zu bemühen. »Herr Shinnar sagte, daß er optimistisch hinsichtlich der Ablösungsverhandlungen sei, wenn er sagen könne, a) daß die Mitteilungen Sabris vollkommen falsch seien, b) daß sich die Geschäftsgrundlage der früheren Absprachen verändert habe, c) daß der Bundeskanzler den vitalen Interessen Israels wohlwollend gegenüberstehe (so wie er es am 4. November Herrn Shinnar angedeutet habe) und d) daß die Ablösungen nicht als Triumph Nassers erschienen. Er reise morgen nach Tel-Aviv. Er bitte, daß in der Zwischenzeit keine definitiven Beschlüsse gefaßt würden. Er werde am Montag wieder zur Verfügung stehen.« Erhard wiederholte, daß »ihm an einer einvernehmlichen Lösung gelegen sei; es solle nicht Israels Schade sein (es werde uns sogar mehr kosten). ... Herr Shinnar bedankte sich für die Gesinnung, aus der der Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister Westrick gesprochen hätten.« Er nahm ein gleich aufgesetztes Schreiben an seinen Regierungschef mit, in dem darum gebeten wurde, »der Umwandlung der Restzusagen in andere Leistungen statt Waffen zuzustimmen«. ¹¹⁰

Am nächsten Tag eilte er nach Jerusalem, nachdem er sich vorher noch mit Adenauer und Gerstenmaier beraten hatte, um die Annahme des Ersuchens zu empfehlen. ¹¹¹ Hase erklärte nunmehr am 12. Februar 1965, die Bundesregierung habe beschlossen, keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern, und wegen »der in der Vergangenheit vereinbarten, aber noch nicht voll ausgefüllten Lieferungen« sei Shinnar mit einem Vorschlag nach Israel geflogen. Es sei damit zu rechnen, daß er bald mit einer Antwort seiner Regierung zurückkehren werde. Im selben Sinne äußert sich der Kanzler gleichentags zur Auslandspresse. Der Optimismus erwies sich jedoch als verfrüht. In Jerusalem blieb man unnachgiebig und entschied sogar, daß der Leiter der Israel-Mission nicht auf seinen Posten zurückkehren dürfe. Dieser stellte daraufhin sein Amt zur Verfügung, was indes nicht akzeptiert wurde. – Am 15. Februar 1965 erklärte Eshkol in der Knesset: »Deutschland trägt eine beispiellose, schwere Verantwortung. Es ist seine Pflicht, Israel mit der für seine Sicherheit notwendigen Ausrüstung beizustehen; eine Entschädigung und Ersatzleistungen können nicht an Stelle der Erfüllung

¹¹⁰ AAPD 1965/70²².

¹¹¹ F. E. SHINNAR schildert die dramatischen Entwicklungen anschaulich in seinem Buch (wie Anm. 11, S. 145-158), und er schreibt dort, die elf Tage vom 2. bis 12. Februar hätten sich als »die hektischsten und aufregendsten [seiner] langjährigen, von Sorgen und Schwierigkeiten nicht gerade verschonten Tätigkeit« erwiesen. »In zahllosen Gesprächen im Bundeskanzleramt, im Verteidigungsministerium, im Auswärtigen Amt und mit Vertretern der SPD und der FDP setzte ich den Versuch fort, einen Ausweg aus der drohenden Krise zu finden.« (S. 151 f.). Er bezeichnet die deutsche Bitte als »fair« (S. 155).

dieser Verpflichtung treten. Wir werden keine geldliche Entschädigung als Ersatz für die Einstellung der uns zugesagten Sicherheitshilfe annehmen.« Er kritisierte den Begriff »Spannungsgebiet«, bei dem nicht zwischen Angreifer und Verteidiger unterschieden werde, und Deutschland habe kein Recht, Israel als ein solches zu betrachten. Peres am 24. Februar 1965 zum *Spiegel*: »Zwischen Arabern und uns herrscht nicht simple Spannung, die man mit irgendeiner anderen Spannung auf der Welt vergleichen könnte: es ist nicht so, daß wir über gegenseitige Forderungen uneins wären. Die Araber verlangen gar nichts von Israel – außer seiner totalen Vernichtung. Das ist ein asymmetrischer, nicht ein symmetrischer Konflikt.« Er erwähnte dort auch, ein Abgeordneter habe in der Knesset gemeint, daß »im Grundgesetz ein Artikel stehen sollte, der die Beteiligung der Bundesrepublik am Schutz Israels zu einer Verfassungspflicht erhebt.«

Die israelische Presse reagierte in schärfster Form (*Jerusalem Post* am 12. Februar 1965: »Bonns moralischer Zusammenbruch«). Die jüdischen Verbände in den USA entrüsteten sich über »Opportunismus« und »moralischen Bankrott«. Deren Präsidenten gaben bei Botschafter Karl Heinrich Knappstein in Washington »große Besorgnis« zu Protokoll.¹¹² Dieser berichtete von Demonstrationen vor den amtlichen Vertretungen sowie von Boykott- und Protestaktionen »interessierter Kreise« gegen die Lufthansa und andere deutsche Unternehmen.¹¹³ Nur Ben Gurion, der nicht mehr im Amt war, fand vermittelnde Worte: Zwar hielt er die Bonner Entscheidung für einen »Fehler«, den dadurch den deutsch-israelischen Beziehungen erwachsenen Schaden jedoch für »reparabel«.¹¹⁴

Erhard zeigte sich am 17. Februar 1965 in einer emotionalen Erklärung zur Nahost-Politik vor dem Bundestag »von der Reaktion der israelischen Regierung auf unser Angebot enttäuscht. ... Wir haben unsere Leistungen an Israel stets als eine Pflicht verstanden, aber wir glauben, nach mehr als einem Jahrzehnt getreulicher Erfüllung Grund zur Hoffnung zu haben, daß man in unserem Handeln unsere redliche Gesinnung anerkennen würde. Wir haben keine eingegangene Verpflichtung einseitig aufgekündigt, sondern lediglich

112 AAPD 1965/58.

113 Als »äußerst ungerecht und unfair« charakterisierte Knappstein ein Inserat des Jüdischen Frontkämpferverbandes in der *New York Times* vom 18. Februar 1965, das es in der Tat in sich hatte: »Die Deutschen brechen wieder einmal Verträge – wie schon unter Hitler und dem Kaiser. Wieder offenbaren sie die Gefahren und Fehler ihres Charakters. Wieder stehen sie nicht zu ihren moralischen Pflichten und bedrohen den Weltfrieden. Wieder tönt die deutsche Glocke. Wir warnen das Gewissen der Welt.« Vgl. z.B. auch AAPD 1965/58⁷ und 1965/84⁴⁷. Die Boykottankündigungen ergaben aber letztlich wenig, wie denn überhaupt die Wirkungsmöglichkeiten des – auch von Adenauer insoweit stets überschätzten – »Weltjudentums« allenfalls marginal blieben.

114 AAPD 1965/77¹⁴.

das Verlangen nach einer einvernehmlichen Ablösung einer restlichen Verpflichtung ohne materielle Benachteiligung Israels vorgeschlagen. Wenn von einem Gesinnungswandel und einem moralischen Versagen gesprochen wird, weil wir in einer schweren Konfliktsituation an das Verständnis Israels appellierten, so raubt man damit dem deutschen Volke die Hoffnung, daß es überhaupt möglich sein könnte, begangenes Unrecht durch Opfer wiedergutzumachen.« So wenig die Lieferungen eine Gefahr für die Araber darstellten, so wenig werde »die Umwandlung des noch ausstehenden Restes in nicht-militärische Leistungen die Verteidigungsfähigkeit Israels in Frage stellen.« Der Bundeskanzler mußte die Rüstungshilfe aber auch gegen die Kritik der Opposition in Schutz nehmen, wobei er die Namen der parlamentarischen Vertrauensleute und Einzelheiten von deren Einschaltung nannte. – Am 22. Februar 1965 meinte er in einem Gespräch mit ARD-Chefredakteuren: »Wenn Herr Eshkol der Meinung ist, daß wir gegenüber dem israelischen Volk eine Verpflichtung hätten, die nicht mit einer Waffenlieferung allein erledigt werden kann, hat er völlig recht. ... Aber wir haben keine ewigen Verpflichtungen, Waffen nach Israel zu liefern«¹¹⁵

Bonn war tief enttäuscht, doch ist die Intransigenz der Israelis schon deshalb begrifflich, weil sie ein arabisches Veto in den internationalen Beziehungen des nach wie vor so gefährdeten Staates keineswegs hinnehmen wollten. Wie bei der – noch andauernden – Affäre um die Raketenspezialisten in Ägypten potenzierte sich das erneut voll präsente Mißtrauen gegenüber allem Deutschen mit tief sitzenden Sicherheitsängsten. Zwar war nur der kleinere Teil des nach und nach zugesagten Materials noch nicht geliefert, doch sah man Schwierigkeiten voraus, wichtige Waffen, wie vor allem die 90 (von insgesamt 150) Panzer und die sechs Schnellboote, anderweitig zu beschaffen. Wen erstaunt es, daß man dabei vom Wirtschaftswunderland, das trotz des verlorenen Krieges bei umfassender Vollbeschäftigung einen erheblich höheren Lebensstandard erzielt hatte als das mit seinen zahlreichen drängenden Problemen geplagte Israel, möglichst viel zu erreichen gesonnen und dafür auch zu pokern bereit war. Gewiß, die Verpflichtungen des Luxemburger Vertrags waren peinlich genau eingehalten worden, und das hatte sich positiv ausgewirkt. Bekanntlich sind Geber indes nicht immer beliebt. Israel besaß zudem am Alleinvertretungsanspruch Bonns kein Interesse, und es hatte gegen die Einheit sogar starke emotionale Vorbehalte, wie dies auch noch ein Vierteljahrhundert später bei ihrer Verwirklichung spürbar war. In der Bundeshauptstadt fehlte dafür das Verständnis, was umgekehrt in Jerusalem nicht perzipiert wurde. Man war verschnupft und fühlte sich von Israel undankbar und unfair behandelt. Im AA war gar von

¹¹⁵ Zit. nach Michael WOLFFSOHN, *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988, S. 36.

»Erpressungstaktik, die nicht hinter der VAR zurücksteht«, die Rede¹¹⁶, und auch Schröder meinte am 3. Februar 1965, wir seien »von Israel eigentlich erpreßt worden«¹¹⁷

Das Klima zwischen Bonn und Kairo vereiste immer mehr. Nasser hatte am 7. Februar 1965 den Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik angedroht, falls die Waffenlieferungen fortgesetzt würden, welche die Araber – in ihren Hauptstädten und in Bonn – vor dem Ulbricht-Besuch am Nil nun noch stärker herausstellten.¹¹⁸ Was tun? Man versuchte jetzt, die Amerikaner zu Druck auf Israel zu bestimmen und sie zu bewegen, die gewünschten *Pattons* auf deutsche Kosten unmittelbar zu liefern, weil die USA, so Erhard am 1. Februar 1965, »uns in die Sache hineingeritten hätten und ... uns wieder heraus helfen sollten.«¹¹⁹ Das erwies sich jedoch zunächst als schwierig. Unterstaatssekretär Averell Harriman zu Knapstein, der bei ihm am 12. Februar 1965 – unter Hinweis auf die »womöglich schwerste außenpolitische Krise der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen«¹²⁰ – eine »moralische Verpflichtung« anmahnte: die Demarche komme »in einem äußerst ungelegenen Augenblick«, da man unmittelbar vor Verhandlungen mit der israelischen Regierung über eine Anzahl ungelöster Verteidigungs- und Rüstungsfragen stehe, die sehr schwierige Probleme aufwürfen. Die Vereinigten Staaten müßten dabei aus politischen Gründen vermeiden, öffentlich als Lieferer aufzutreten.¹²¹ Bei Außenminister Dean Rusk fand der Botschafter aber bald ein »erheblich positiveres Echo ... We will not let you in the foxhole.«¹²² Auch in den verschiedenen Gesprächen von Botschafter McGhee mit Erhard und Schröder zeichnete sich amerikanisches Entgegenkommen ab, und schließlich erklärte sich Washington bereit, für Bonn in die Panzerausfuhr einzutreten.

Am 17. Februar 1965 entschied das Kabinett, die Restlieferungen zunächst

116 AAPD 1965/41, 27. Januar 1965.

117 H. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 154. – Dem Außenminister, der in diesen Jahren gegenüber Israel die kritischste Haltung einnahm, läßt F. E. SHINNAR (wie Anm. 11, S. 184) bemerkenswerterweise in Würdigung »ausenpolitischer Realität« ausdrücklich Gerechtigkeit widerfahren. Schröder war 1941 aus der NSDAP ausgetreten, gehörte der Bekennenden Kirche an und durfte nicht Offizier werden.

118 Zum Beispiel erklärte König Hussein Böker am 15. Februar 1965 in Amman, »daß der Frage der Restlieferungen von allen arabischen Staaten entscheidende Bedeutung beigemessen wird. ... [Er] verhehlte auch nicht, daß [diese] sich durch unser Geheimabkommen mit Israel betrogen fühlten, insbesondere da wir Jordaniens Bitte auf Lieferung alter amerikanischer Panzer unter Hinweis auf Spannungsgebiete abgelehnt hätten« (AAPD 1965/78).

119 H. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 154.

120 Schröder meinte zu McGhee am 11. März 1965, Bonn sei wegen der von den USA gewünschten Panzer-Lieferungen »in die übelste Patsche der Nachkriegszeit ... geraten« (AAPD 1965/125).

121 AAPD 1965/74.

122 AAPD 1965/85, 18. Februar 1965.

nicht mehr durchzuführen. Schröder dazu: »20 weiter bereitstehende Panzer sollen jetzt nicht verschifft werden.«¹²³ Erhard scheint es dabei indes nicht ganz wohl gewesen zu sein: »Mir ist doch gesagt worden, daß vor März nichts fällig sei.«¹²⁴ In einer Besprechung beim Bundeskanzler gab sich Entwicklungsminister Walter Scheel besonders ablehnend: Er sei nicht mehr bereit, den ganzen Komplex öffentlich zu decken, wenn nicht sofort jede weitere Verladung eingestellt werde. »Keine Schraube dürfe mehr versandt werden«, und zwar weder aus der Bundesrepublik nach Italien noch von Italien nach Israel. Schröder stellte zusammenfassend fest: »Es darf nichts geschehen, was vor, während oder unmittelbar nach dem Ulbricht-Besuch die schwachen Sicherungen durchschlagen würde, die zur Zeit noch gegen die Anerkennung der Zone durch die VAR bestehen.«¹²⁵ Carstens bemerkte, es sei »ungewollt, ja wider Willen eine Koalition zwischen Israel und der SBZ entstanden.«¹²⁶ Der Abbruch auch der laufenden Lieferungen war zu diesem Zeitpunkt, wie sich dann herausstellte, jedoch nicht mehr relevant: BMVg-Staatsekretär Gumbel teilte in einer Kanzlerrunde am 23. Februar 1965 mit, Erkundigungen hätten ergeben, daß die ersten 40 von Rotterdam auf einem israelischen Schiff verfrachteten Panzer in Genua nicht, wie abgesprochen, ausgeladen, sondern »unmittelbar weiter nach Israel verschifft« worden seien, die nächsten zwanzig im Januar verladenen warteten in Italien auf die Umrüstung, und die neuen Waffen und Geräte, die aus Amerika beschafft werden müßten, träfen erst im August ein.¹²⁷ Es ist schon erstaunlich, wie unbefangen – und weitsichtig zugleich – 40 *Pattons* (wann?) schnurstracks und unter Umgehung der vereinbarten »Entgermanisierung«¹²⁸ gleich nach Israel geleitet wurden, was ohne Mitwissen der zuständigen Beamten und Offiziere des BMVg kaum möglich gewesen sein dürfte.

VIII. Lösung durch Ablösung

Zwischen Bonn und Jerusalem herrschte seit dem Abflug Shinnars amtliche Funkstille. Nach der Visite Ulbrichts in Kairo (24. Februar bis 1. März 1965), der dort Israel gegenüber einen besonders rüden Ton anschlug¹²⁹, bestimmte dann bekanntlich Barzel gegen den Widerstand Schröders Erhard dazu, den

¹²³ AAPD 1965/88¹⁴.

¹²⁴ Ebd.

¹²⁵ AAPD 1965/88, 20. Februar 1965.

¹²⁶ H. OSTERHELD (wie Anm. 45), S. 158.

¹²⁷ Vgl. AAPD 1965/92.

¹²⁸ So Schröder (AAPD 1965/125).

¹²⁹ In Israel führten diese Invektiven zu nachdrücklicher Kritik an Ulbricht sogar durch den Führer der Kommunisten, Moshe Sneh, in einem Leitartikel des Parteiorgans *Kol Ha'am* und

heillos verwickelten gordischen Knoten der Bonner Nahostpolitik zu durchschlagen und Israel diplomatische Beziehungen anzubieten. In der Erklärung der Bundesregierung vom 7. März 1965 dazu heißt es, sie werde »künftig keine Waffen mehr in Spannungsgebiete liefern und eine Restlieferung im Einvernehmen mit Israel umwandeln.« Die Ablösung der Ausrüstungshilfe spielte bei den Verhandlungen des CDU-Abgeordneten Kurt Birrenbach (8. März bis 14. April 1965¹³⁰) – zusammen mit der wirtschaftlichen Unterstützung – die entscheidende Rolle, und es resultierten daraus bittere Kontroversen. Peres erwies sich als besonders zäher Unterhändler, doch gab er, als die Amerikaner am 10. März 1965 endlich der eigenen Lieferung der noch ausstehenden 110 Panzer zustimmten¹³¹, für die Umwandlung sämtlicher Restzusagen den Weg frei. Die 20 in den Breda-Werken zur Umrüstung bereitstehenden Tanks gingen in die Bundesrepublik zurück, und Israel erhielt, nach einigem Zögern Washingtons, aus den USA 110 Stück des modernsten Typs (*M48 II C*). Die größten Schwierigkeiten bereiteten die sechs Schnellboote, derentwegen mehr als fünfzig Stunden verhandelt wurde und worüber es zu einem »massiven Zusammenstoß« zwischen Birrenbach und Peres kam.¹³² Nachdem die USA die Zurverfügungstellung der fortgeschrittensten Panzerversion auf deutschen Wunsch von der Einigung in der Schiffsfrage abhängig gemacht hatten, erklärte sich die israelische Seite bereit, die Boote in Frankreich bauen zu lassen.¹³³

Als Ablöse einigte man sich schließlich auf 140 Mio DM.¹³⁴ Es blieb »der Regierung Israels überlassen, für diesen Betrag soviel Panzer, Helikopter und Motoren zu kaufen, wie sie dies von ihrem Standpunkt aus für tunlich hält«. ¹³⁵ – Wie Carstens Birrenbach instruierte, »legen wir großen Wert auf eine gemeinsame deutsch-israelische Erklärung über die Annullierung der Waffenlieferungen, da sonst die Gefahr neuer kontroverser Diskussionen

zur – bis 1973 andauernden – Spaltung der KPI in einen rein jüdischen (wie bisher MAKI) und einen jüdisch-arabischen, stalinistischen Teil (RAKACH).

130 In der AA-Aktenpublikation sind dazu, reich annotiert, zehn Berichte Birrenbachs und zwei Weisungen Carstens' an diesen dokumentarisch festgehalten.

131 Vgl. AAPD 1965/125¹⁵.

132 Vgl. AAPD 1965/133.

133 Angesichts des französischen Waffenembargos wurden fünf Schiffe dieses Typs am 25. Dezember 1969 um 3 Uhr früh vom Mossad in einer spektakulären Aktion aus Cherbourg entführt.

134 Dabei wurden für die 110 Panzer 27 Mio DM, die sechs Schnellboote 77 Mio DM und – als Ersatz für drei Dornier-Flugzeuge und 36 Haubitzen – sechs französische Hubschrauber 36 Mio DM zugrundegelegt. Hinzu kamen 26 Mio DM, die man kurz vorher für die beiden britischen U-Boote beglichen hatte, von denen das eine bereits übergeben, das andere in Bälde lieferbar war (vgl. AAPD 1965/125). Zusätzlich vergütete Bonn im Mai mit 12 Mio DM noch die Kosten von Panzerersatzteilen.

135 AAPD 1965/178.

in der Öffentlichkeit entsteht«¹³⁶, doch sträubten sich die Israelis zunächst dagegen, die Rückgängigmachung »offen zuzugeben«.¹³⁷ Im abgestimmten Brief Erhards an Eshkol zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vom 12. Mai 1965 hieß es dann: »Mit Befriedigung stelle ich ferner fest, daß es gelungen ist, die aus früheren Vereinbarungen mit Israel über Waffenlieferungen noch ausstehenden Restlieferungen in gegenseitigem Einvernehmen umzuwandeln.«¹³⁸ – Jerusalem bat darum, das Wort »Ablösung in Geld« nicht zu benutzen und insbesondere auch eine Summe nicht zu nennen.¹³⁹ – Umgekehrt lag den Israelis an einer ausdrücklichen deutschen Zusicherung künftiger militärischer Zusammenarbeit, womit man nicht zuletzt die Lieferungen an die Bundeswehr im Auge hatte. Das lehnte Carstens zwar ab, doch trat in den Verkäufen keine Unterbrechung ein. Neu kam später die Kooperation in Forschung und Entwicklung hinzu, die Helmut Schmidt als Verteidigungsminister auf den Weg brachte und bei der die beiden Länder füreinander eine beträchtliche Rolle spielen.

Die deutsch-israelische Rüstungszusammenarbeit im zweiten Nachkriegsjahrzehnt stellt ein höchst bedeutsames Kapitel in der vergangenheitsbelasteten Geschichte der beiden Länder dar. Daß sie hüben und drüben schwierige Probleme verursachte, darf angesichts des besonderen Charakters der Beziehungen nicht verwundern. Die Unternehmung wurde von den beiden großen Brückenbauern David Ben Gurion und Konrad Adenauer maßgeblich getragen, die deren Beendigung nach ihrem Abtritt von der politischen Bühne 1963 nicht mehr zu verantworten brauchten. Es ist heute müßig darüber zu streiten, ob man deutscherseits gut beraten war, gerade diesen Weg zu gehen, um Israel gegenüber Solidarität zu bekunden. Jerusalem hat zweifellos substantiellen Nutzen aus der Operation gezogen, und Peres unterstreicht in seinen Erinnerungen, daß der Beistand den zusätzlichen Vorteil mit sich gebracht habe, mittels der endlichen Bereitschaft Washingtons zum Export der restlichen Panzer eine »neue lebenswichtige Quelle für Waffenlieferungen zu erschließen«¹⁴⁰ – der USA, die nun zunehmend die existentielle Schutzmachtfunktion für Israel übernehmen. Die Bonner Ausrüstungshilfe mußte aus einsichtigen Gründen, wenn auch zur Enttäuschung der Israelis eingestellt werden, doch wurden die israelischen Lieferungen an

136 AAPD 1965/132²⁶, 19. März 1965.

137 AAPD 1965/132.

138 Dies vermochte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch zehn der dreizehn Mitglieder der Arabischen Liga nicht zu verhindern, für den indes nicht die Rüstungshilfe, sondern vielmehr der Botschafteraustausch mit Israel entscheidend war. Keines tauschte jedoch, für Bonn wichtiger, mit der DDR Botschafter aus, wie es von den Israelis im allgemeinen richtig vorhergesagt worden war.

139 AAPD 1965/178.

140 Wie Anm. 7, S. 85.

die Bundeswehr nicht davon berührt. Die Unterstützung hat die Kooperation der beiden Länder im sicherheitspolitischen Bereich, die sich im Lauf der Zeit zu einem wesentlichen Element der bilateralen Beziehungen entwickeln sollte, vorgeprägt. Shinnar nennt die »Verteidigungshilfe eine eindrucksvolle Bekundung seitens des Deutschland nach Hitler für moralisches Verantwortungsbewußtsein.«¹⁴¹

141 Wie Anm. 11, S. 171.